

1091
An die Kommission
Kralesoveckasch
Fischern.
Lustenstr. 87.
a. 21



Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Telegramm-Adresse:
Sozialdemokrat, Prag.
Bollschenn 57544.
Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlass.

Bezugs-Bedingungen:
Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post
monatlich . . . K 10.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
jährig . . . 192.—
Abbestellung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einbindung der
Retourmarken.
Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

2. Jahrgang.

Donnerstag, 26. Oktober 1922.

Nr. 252.

Was Svehla nicht sagte.

Nach der Besprechung des, wenn man so sagen darf, Positiven in der Rede des Herrn Ministerpräsidenten, lohnt auch das, was er verschweigt, eine Würdigung. Er ist auf eine Reihe von Fragen, die nicht die Neugierde, sondern das wirtschaftliche, politische und soziale Leben des Landes stellt, die Antwort vollständig schuldig geblieben, oder er ist mit der Gemeinheit eines Equilibristen über sie hinwegvolliert. Bei Herrn Svehla ist es gewiß nicht ein angeborener Hang zur Schweigsamkeit, wenn er sich gegenüber diesen bestimmten Fragen so stumm zeigt, vielmehr weiß man, daß er nach dem nicht mehr neuen Rezept des Hannes handelt, der mit der Butter auf dem Kopfe sich nicht an die Sonne wagt. Auch die Regierung, in deren Namen Svehla sprach, glaubt den Fährlichkeiten der Probleme des Staates am besten dadurch auszuweichen, daß sie sie ignoriert. Und so stellt die Rede des Premieres einen Kuchen dar, aus dem hier und da ein paar Rosinen hervorlocken, aber wenn man ihn anbeißt, merkt man, wie leer und schaal er schmeckt.

Was die Rede ganz verschweigt, ist die nationale Frage. Von ihr wagte Herr Svehla kein Wort zu sagen. Das geschah wohl über Befehl der Nationaldemokraten, in deren Vorstellungskreis es gehört, daß es eine nationale Frage im tschechoslowakischen Staate überhaupt nicht gibt und nicht geben darf. Die zarte Rücksichtnahme Svehlas auf die Nerven der Nationaldemokraten zeigt, wer gegenwärtig im Staate herrscht. Man kann immerhin annehmen, daß die tschechischen Sozialdemokraten und wohl auch einige andere tschechische Parteien über die Existenz eines nationalen Problems im Staate andere Vorstellungen haben, aber was haben diese zu reden! Von dem italienischen Schriftsteller Giuseppe Volterra stammt das Wort: „Findet Ihr in einem Lande Unzufriedenheit. . . Reibereien, Auflehnung, . . . so verlangt dieses Reich eine Erneuerung.“ Unsere Regierung ist darüber anderer Meinung. Sie steckt vor den Tatsachen den Kopf in den Sand, und meint nun, sie wären nicht da. Daß die tiefe Unzufriedenheit, man kann sagen des Großteils der Bewohner des Staates, eine Erneuerung des Staates erforderlich macht, das will sie nicht sehen. Koch lebt ja die Koalition, die heute noch hält, wer wird da an das Morgen denken! Regieren heißt bei uns nicht in die Zukunft blicken und die Zufriedenheit und das Wohlergehen der Gesamtbevölkerung zu sichern, es heißt bei uns: von der Hand in den Mund leben, wobei es genügt, eine gut eingeschmornene, willig parierende Mehrheit im Parlament zur Verfügung zu haben. Für das andere mag der liebe Gott sorgen, für die Beruhigung der Unzufriedenen gibt es Flinten und Bajonette im Lande genug. Viel Weisheit macht dieses System gerade nicht erforderlich. In drastischer Weise hat einmal Camille Cavour von dieser Art von Regierung gemeint, daß sie jeder Fel zu treffen imstande ist.

Ueber ein anderes Problem des Staates zeigte sich der Ministerpräsident scheinbar viel reiflicher: über die Verhältnisse in der Slowakei und in Karpathorussland. Noch in keiner Regierungserklärung haben die Betrachtungen über die Zustände in diesen Teilen des Staates einen so großen Raum eingenommen, wie in Svehlas Exposé. Und man lauscht ergriffen den Beteuerungen, die wie Honigseim von Svehlas Lippen fließen: „Die Regierung hat volles Verständnis für die besonderen Verhältnisse in der Slowakei und Karpathorussland. . . besonderes Augenmerk auf. . . Mentalität und Empfinden des seit Jahrhunderten geknechteten Volkes. . . entsprechende Rücksichtnahme. . . Grundzüge der Demokratie. . . Vereinheitlichung der Verwaltung in der Slowakei. . . wichtiger Schritt zum Ausbau der Autonomie. . . alle Vorbereitungen zur Regelung des staatsrechtlichen Verhältnisses zu Karpathorussland. . . kulturelle Hebung. . . erhöhte Aufmerksamkeit. . . Schulbauten. . . Regelung der Rechtsprechung.“ Man könnte meinen, die Regierung beabsichtige das reiche Füllhorn ihrer Gnaden über der Slowakei und

Wirtschafts- und Staatskrise.

Rede des Genossen Dr. Czech.

In seiner Rede zur Regierungserklärung führte Genosse Dr. Czech u. a. aus:
Unter ganz merkwürdigen Umständen ist die alte Regierung von uns gegangen. Mit einem Herzlich bei lebendigem Leibe wurde sie in die Verfenkung befördert; niemand suchte, warum sie gekommen ist und niemand weiß heute noch, warum sie eigentlich gehen mußte. Die alte Koalition lebt. Wir haben es gestern gehört: Der Staat ist gottlob „konsolidiert.“ Es haben auch keinerlei Wahlgänge eine neue Regierungskonstitution notwendig gemacht, im Gegenteil, es wird grundsätzlich nicht gewählt. Es ist auch kein Stief in offener parlamentarischer Schlacht gefallen, im Gegenteil: seit Monaten hat es kein Parlament gegeben. In anderen konstitutionellen Staaten wird bei Regierungskrisen das Parlament verammelt, bei uns wird das Parlament nicht nur nicht einberufen, sondern im Gegenteil ferngehalten, und direkt vor vollzogene Tatsachen gestellt. Bei uns kündigen fünf Oligarchen, welche die Regierung und die Minister wie ihre Angestellten behandeln, ihnen ganz nach Belieben den Dienst auf, prolongieren dann die Kündigungs, das nächste Mal nehmen sie diese wieder zurück, setzen sie schließlich aber doch in Vollzug, schicken einzelne Minister nach Hause, zeitweilig auch einen ganzen Ministerrat.

Die Abrechnung mit der alten Regierung.

Ehe ich mich nun der neuen Regierung zuwende, die einer echten Jangengeburdt ihr Leben verbringt, gestatten Sie mir, daß ich mich von der alten Regierung verabschiede. In seinem Exposé vom 19. Oktober des Vorjahres, auf das sich die neue Regierung gestern berufen hat, erklärte Ministerpräsident Dr. Beneš als eine seiner ersten Aufgaben die finanzielle und wirtschaftliche Konsolidierung des Staates. Fragen wir uns nun, wie weit die Regierung Beneš ihre Aufgabe „gelöst“ hat. Der Herr Ministerpräsident Svehla hat diese Frage eigentlich schon gestern beantwortet. Er hat gemeint, wir können mit Befriedigung unseren wirtschaftlichen Stand mit dem der anderen Staaten vergleichen. Und Herr Dr. Rašín hat hinzugefügt: „Die Konsolidierung unseres Staates und unserer Verhältnisse macht sehr

gute Fortschritte.“ Das Bild, das sich unseren Augen erschließt, ist also ein völlig anderes, ein äußerst düsteres. Ich will vorerst nur die nackten Tatsachen sprechen lassen und vor allem einer vom Standpunkt des tschechischen Staates durchaus unbefangenen Seite das Wort geben, der Denkschrift der Zentralstelle der Handels- und Gewerbekammern zur Wirtschaftskrise. Sie gibt ein geradezu

erschütterndes Bild der Zerrüttung unserer Volkswirtschaft.

Die Handelskammern melden aus allen Bezirken einen starken Produktionsrückgang, eine außerordentliche, bedeutende Restringierung des Arbeiterstandes und auf der ganzen Linie Kurzschielen. Redner zitiert nun die geradezu erschreckenden Ziffern dieser Denkschrift und dann einen der jüngsten Leitartikels des „Ceske Slovo“ zu dieser Denkschrift, worin es unter anderem erzählt, daß in einer Vertrauensmännerversammlung der nationalsozialistischen Partei sich ein Arbeiter zum Worte gemeldet und ausgerufen habe:

„Weht in die Fabriken — dort ist kein Leben mehr, dort ist ein Friedhof.“

Und das „Ceske Slovo“ hat hinzugefügt: „Ja, wohl, die Ziffern des Handelskammerberichtes zeigen uns nicht das Wirtschaftslieben des Staates, sondern sie zeigen uns einen wirtschaftlichen Friedhof.“ Es ist also ein wirtschaftlicher Friedhof, den uns die Regierung Beneš bei ihrem Scheiden hinterlassen hat und nicht, wie gestern Herr Minister Dr. Rašín ausrief, eine konsolidierte Republik.

Wir wissen es sehr wohl, daß die Wirtschaftskrise in der Tschechoslowakei nicht etwa eine Einzelercheinung ist, daß sie einen Bestandteil der großen Weltwirtschaftskrise bildet und daß die Ursachen dieser Krise unter anderem auch internationaler Natur sind. Die Staaten der kapitalistischen Welt sind kommunizierende Gefäße. Der weltwirtschaftliche Ruin des einen Staates löst Wirtschaftskrisen der anderen Staates aus. Und so mußten denn naturgemäß die Pariser Verträge, die Deutschland und Oesterreich dem systematischen Verberb zuführten, auch die Tschechoslowakei mitreißen. Aber obwohl die Wirtschaftskrise internationale Ursachen hat, obwohl

sie von der französischen Reparationspolitik mitbeeinflusst und mitherbeigeführt wurde, mußte der Zusammenbruch unserer Produktion doch kein so vollständiger sein, und wenn er es wurde, so mußte das gewiß eigene Ursachen haben. Diese Ursachen liegen in der Wirtschaft, in der Handelspolitik, in der Finanz- und Währungs politik des tschechoslowakischen Staates, aber auch in seiner Außenpolitik. Die Tschechoslowakei besitzt alle Bedingungen für ein blühendes Staatswesen. Sie wäre ein Exportstaat par excellence mit gewissen natürlichen Absatzgebieten, die auf dem Territorium der Nachfolgestaaten liegen. Sie brauchte nur eine vernünftige Staatswirtschaft zu machen, um mit vollen Händen die Früchte ihres Reichtums einheimisch zu können. Die nähere Betrachtung der Ziffern der Handelsstatistik zeigt uns nämlich, daß mehr als acht Zehntel der gesamten tschechoslowakischen Ausfuhr nach diesen Ländern gehen und daß die Ausfuhr in die Länder unserer „Verbündeten“ einfach lächerlich gering ist. Ein Abbruch der Beziehungen zu den Ländern der Kleinen Entente würde an unserem Wirtschaftsleben fast spurlos vorüberführen.

Aber ebenso verfehlt wie unsere Außenpolitik, ist auch unsere Währungs politik. Der jetzige Finanzminister hat von der Geburtstunde dieses Staates an alles darangesetzt, die tschechische Valuta zu verfallbar zu machen, sie nach allen Richtungen, vor allem von den Nachbarvaluten, zu isolieren und so nebenbei die Valuta der Nachbarländer zu verderben. Man muß es dem Herrn Finanzminister Dr. Rašín anerkennen, daß er sein Werk gut vollbracht hat. Er hat ganze Arbeit getan. Aber die Folgen dieser Arbeit sind nicht ausgeblieben. Mein Staat der Welt, und wenn er noch so konsolidiert wäre, kann gesund bleiben, wenn er von allen Seiten von Staaten mit verfallender und verfallender Valuta umgeben ist. Deutschland und Oesterreich können einem solchen Staate naturgemäß nichts ablaufen und Frankreich und England und die Länder mit guter Valuta überhaupt, kaufen lieber bei Deutschland, wo sie alles billiger und manches vielleicht noch besser bekommen. Welche Absatzgebiete dann der tschechoslowakischen Republik übrigbleiben sollen, ist für mich wenigstens ganz unerfindlich. Wir können also ruhig sagen, daß wir bis zu einem gewissen Grade unser Unglück selbst verschuldet haben.

Aber ebenso wie um unsere Außen- und Währungspolitik steht es auch um unsere Steuerpolitik. Diese bewegt sich durchwegs in den altösterreichischen Bahnen, durch die die ganzen Kosten des Staates auf die nichttragfähigen Schultern der breiten Massen überwälzt, den besitzenden Klassen aber verhältnismäßig wenig aufgebürdet wird. Durch die Warenumsatzsteuer, durch die Kohlenabgabe wurde das Leben der arbeitenden Menschen außerordentlich verteuert. Nehmen Sie dazu noch die Zollpolitik und die Eisenbahntarifpolitik des Staates und Sie werden sofort verstehen, wieso es dazu kommen konnte, daß die Tschechoslowakei im Ruf des teuersten Staates der Welt steht.

Doch der

Todesstoß
wurde unserem Wirtschaftsleben durch den **Aufstieg der tschechischen Krone** verfehlt. Die Krone ist vom Juni 1922 an um weit mehr als 300 Prozent gestiegen. Was aber nützt das alles, wenn der Auslandswert unserer Krone stark mit dem Inlandswerte der Krone kontrastiert. Im vorigen Jahre stand unsere Krone um zwei Drittel schlechter und es war das Fleisch billiger als es heute ist. (Beifall.) Die Krone steigt in einem fort, aber die Arbeiter sind zum Fetern gezwungen. Jeder Punkt des Kronenanstieges bringt Hunderte von großen und kleinen Betrieben zum Stillstand. Unsere Krone feiert einen Siegeszug durch die ganze Welt, aber große industrielle Zweige, die bestqualifizierten Arbeiter müssen auswandern, weil sie das eigene Land nicht zu ernähren vermag. So windet sich die Säule unseres Währungsübermometers zu stolzer Höhe, aber es vermag uns niemand etwas abzulassen, weil wir durch unsere Außenpolitik die Nachbarstaaten mitruinierten und unsere Handels- und Finanzpolitik unsere v o l l e K o n -

Karpathorussland zu entleeren und dort ein System des Rechtes, der Gerechtigkeit und Demokratie zu errichten. Woher auf einmal dieses Wohlwollen, diese überquellende Liebe und Färllichkeit? Wir erkennen unsern braven Svehla nicht wieder! Daß es etwa vier Millionen Deutsche im Staate gibt, die in tiefster Verbitterung hineingetrieben werden, davon kein Wort, doch über die Slowakei und Karpathorussland kann er gar nicht genug erzählen und auch nicht davon, wie inniglich seine Fürsorge für sie beschaffen sein wird. Und doch ist es fraglich, ob Svehlas Sirenenklänge in diesen beiden Ländern noch Gehör finden werden! Bei all seiner Gesprächigkeit über dieses Thema verschweigt er, daß der Regierung und vor allem der allnationalen Koalition die Verhältnisse dort auf die Fingernägel zu brennen beginnen. Außer den dorthin exportierten tschechischen Beamten gibt es in der Slowakei und Karpathorussland kaum noch einen Menschen, der für die Prager Regierung an Sympathie etwas übrig hätte. Nicht als ob dies die Regierung insofern beunruhigen würde, es könnte zur offenen Auflehnung in diesen Ländern kommen; das zu verhindern besitzt sie ja, wie auch Herr Svehla verkündet andeutete, genug Gendarmen und das herrliche Kriegsheer. Aber was ihr lange macht, das ist der mögliche Ausfall der nächsten Wahlen dort, die für Sein oder Nichtsein der allnationalen Koalition und sogar für das Zustandekommen einer Parlamentsmehrheit ausschlaggebend werden können. Das kann ein Schnitt ins lebendige Fleisch werden, darum errät man, was Svehla bei seinen Liebesbeteuerungen an die Slowaken und Karpathorussen zu sagen unterläßt: daß die Koalition ihren weiteren Bestand von der Entscheidung in den beiden

Gebieten abhängig sieht und daß ihr Ministerpräsident sich darum so freigebig in Versprechungen zeigt. Zwar stellen ihre Mächer die Rechnung noch auf ein anderes ein: daß es schon gelingen werde, in der Slowakei und Karpathorussland das Wahlglied nach dem Muster der sogenannten „ungarischen Wahlen“, wie sie etwa Tisza einst zu machen verstand, zu korrigieren, aber da man doch nicht wissen kann, wie sich das Ergebnis beim geheimen Stimmrecht gestaltet, so möchte Herr Svehla doch gerne vorbereiten, um die Stimmung in der Slowakei zu beeinflussen. Wenn er schon auch nicht beabsichtigt, dort eine wirkliche Aenderung der Verhältnisse herbeizuführen, so möchte er doch wenigstens durch Versprechungen die widerhaarig gewordenen Slowaken einfangen. Man kann interessante Dinge aus Svehlas Schweigen heraushören.

Es gibt noch manches andere „Skelett im Hause“, dessen der Ministerpräsident keine Erwähnung tat. Es ist kein Geheimnis, daß die inneren Gegensätze in der Regierungsmehrheit eine Erörterung über die wirklichen Probleme des Staates nicht zulassen. Herr Svehla hat für die Erhaltung der Koalition zu sorgen, was schert er sich da um das Geschrei und Gelage der Unzufriedenen! Sein Ministerkollege Dr. Rašín brachte den Grundab, nach dem Herr Svehla zu regieren gedenkt, auf eine kürzere Formel, indem er, wenn auch etwas umschrieben, sein Finanzexposé doch klipp und klar mit den Worten schloß, daß er sich nicht nach dem Urteil der Opposition, sondern nur nach dem Urteil der staatshaltenden Mehrheit richten wolle. Aus dem was Svehla nicht sagt, leuchtet hervor, daß er und Rašín eines Sinnes sind.

Kurrenzunfähigkeit herbeigeführt hat. Trotzdem erklärt die Regierung, an der bisherigen Währungs politik festhalten zu wollen, und Dr. Nadin sagt wörtlich hinzu, daß es sich gerade auf dem Gebiete der Währungs politik gezeigt habe, daß die bisherige Arbeit keine vergebliche gewesen ist. (Zwischenrufe.)

Wie anders Dr. Engländer, der gewesene Finanzminister dieses Staates und Fraktionsgenosse des Herrn Dr. Nadin. Ich werde nur ein paar Sätze aus einem der letzten seiner Artikel aus der "Aidore Noviny" zitieren: "Alle Argumente für die Deflationspolitik sind gefallen, die Behauptung, daß durch sie unser Zahlungsschuld verringert wurde, ist irrig und ein Schwindel." "Unsere Verhältnisse werden durch die Deflationspolitik nicht nur nicht gebessert, sondern im Gegenteil durch die Kommodierung unserer Währung und des Marktes an 20 Centimes werden wir auf der ganzen Linie konkurrenzunfähig. Die einzige Errungenschaft der Deflationspolitik ist die Erhöhung des Finanzkapitals. (Sehr richtig.) Nur Finanzkapital und Banken ziehen aus der Deflationspolitik einen Nutzen." (Beifall.) Dr. Engländer wirft die Frage auf, auf welche Kosten das geschieht und er beantwortet diese Frage sofort: "auf Kosten der Betriebe und auf Kosten der Arbeiter. Die Arbeiter müssen sich entscheiden, was nützlicher ist: die Verdoppelung ihrer Einlagen, die sie nicht besitzen (Beifall) oder aber eine mehrmonatliche Arbeitslosigkeit." Und vor dieser Arbeitslosigkeit, die geradezu katastrophale Dimensionen angenommen hat, stehen wir heute.

Nun fragen wir: Dürfte der Aufmerksamkeit der Regierung all das entgegen? Wie ist es möglich, daß die Regierung die warnenden Stimmen aus Arbeiterkreisen überhört hat, daß sie warten konnte, bis das Haus förmlich über den Kopf zu brennen begann? Schon in der Fragestellung liegt unsere Antwort, unsere Anlage. Es ist die

Mitschuld der Regierung.

daß sie monatelang ruhig zugehört hat, daß sie nicht längst schon eingegriffen hat, daß sie nicht wenigstens die dringlichen Maßnahmen, die sie in der Regierungsumgebung ankündigte, zur Durchführung brachte, daß sie das Unternehmertum ruhig gewähren ließ, daß sie die Arbeitsbedingungen der arbeitenden Menschen in diesem Staate verschlechtern ließ und so eine geradezu katastrophale Verschärfung der Lage der arbeitenden Menschen herbeigeführt hat. So sieht die von der abtretenden Regierung angekündigte Konsolidierung aus. Sie ist in Wirklichkeit nichts anderes als eine

vollständige wirtschaftliche Detourne

mit einer geradezu verheerenden Wirkung auf die arbeitenden Menschen in diesem Staate.

Beim Regierungsantritt versprach auch die Regierung Bened eine moderne Verwaltung. Sie blieb aber bloße Verheißung. Nach wie vor ist dieser Staat ein Obrigkeitstaat (Beifall), nach gutbürgerlichem Typus; nach wie vor herrscht bei uns die Diktatur der Bürokratie. (Sehr richtig.) Noch keines der angekündigten Probleme, deren Lösung die Regierung versprochen hat, ist verwirklicht, nach wie vor warten die Arbeiter vergeblich auf die mit großem Applomb angekündigte Sozialversicherung. Aus der versprochenen Trennung von Staat und Kirche ist, wie wir am kleinen Schulgesetz gesehen haben, nichts als eine Kapitulation geworden. Die Bodenreform wurde von der abtretenden Regierung keinen Schritt ihrer Verwirklichung näher gebracht. Die nationalen Probleme, die Grundprobleme des Staates, sind ungelöst geblieben, die Gegensätze zwischen den Nationalitäten sind noch mehr verschärft. Sie erinnern sich noch des Wortlautes der alten Regierungs Erklärung. Sie sagte zweimal, daß sie nichts versprechen wird, was sie nicht einhalten könne und in Wirklichkeit hat sie nichts eingehalten von dem, was sie versprochen hat. (Beifall.)

Die „große“ Regierung Szeja.

Nun stehen wir vor der neuen Regierung, der Regierung der „nationalen Solidarität“, der Regierung der „Konsolidierung“, der „Ruhe, Ordnung, Erneuerung“ — vor der „großen“ Regierung. Doch was brachte sie in Wirklichkeit? Nicht als einen Personentausch. An Stelle der Souffleure treten die Akteure des allnationalen Systems in die Rollen. Nach wie vor wird den Völkern dieses Staates, wird dem Ausland durch eine Staatsbühne die Harmonie zwischen Kapitalisten und Arbeitern, Agrariern und Konsumenten, Bürgern und Sozialisten, Nömlingen und Freidenkern vorgeführt werden. Man glaubt, auf die Dauer mit so dürftigen Mitteln die Fiktion aufrechtzuerhalten und den

Chauvinismus als Staatsprinzip

beibehalten zu können. Man bildet sich ein, daß man auf die Dauer — es scheint dies wenigstens die Meinung des Sprechers einer der sozialistischen Parteien, des Kollegen Slavicek, zu sein — über 3 1/2 Millionen Deutsche und eine Million Ungarn und Polen zur Ingeordnung übergehen kann. Unsere Staatsbühner glauben, daß sie die Staatskrise rein mathematisch bezwingen werden und vergessen dabei, daß die Wurzeln dieser Krise viel tiefer liegen, daß die Fehler in der sozialen und wirtschaftlichen Struktur dieses Staates zu suchen sind.

Doch trotz der allnationalen Koalition spinnen sich die Kluft zwischen den einzelnen Klassen bestehenden Gegensätze immer mehr zu, schreitet die Zerrüttung der Wirtschaftsordnung immer mehr fort

und es häufen sich die Konflikte zwischen Arbeit und Kapital, und diese Gegensätze werden alle unauflösbaren politischen Bündnisse zerfressen und das künstliche Gebäude der allnationalen Koalition wie ein Kartenhaus wegschleudern. Darum ist und bleibt die allnationalen Koalition unserer Meinung nach nur ein weckerer verzweifelter Ausweg aus der chronischen Staatskrise, in welcher sich der Staat befindet. Diese Krise auszulösen, ist eine unserer vornehmsten Aufgaben, der allnationalen Koalition gilt unser Kampf.

Das Programm der neuen Regierung widerspiegelt ihre ganze Struktur. Jeder Satz ein jaures Kommando, jeder Gedanke im joworen Widerstreit der in den Koalitionsparteien miteinander rangenden Meinungen, formlos im Schwelge des ungeschliffenen Erdbelies. Schon die bloße Gesamtvermutung zeigt uns die Ungültigkeit des Programms der Regierung. Sie verspricht gar nicht, die Notwendigkeit der Abkehr von der bisherigen Politik zu unterlagen, sie versucht gar nicht, den wahren Ursachen der Staats- und der parlamentarischen Krise nachzugehen, die Regierung versucht gar nicht, die Bedeutung der verschiedenen sozialen und nationalen Kräfte für den Staatsorganismus zu prüfen. Nichts von alledem finden Sie im Programm der Regierung. Ein schönes Regime von guten Vorjahren, eine Aufzählung von künftigen Ressortaufgaben, eine Aufzählung von alten und neuen Versprechungen, eine Konfirmation von zu gewärtigenden Gesetzesvorlagen. Was auch in einzelnen so manchen Nützlichkeiten daran sein, — es verliert sich einfach in der Menge der Darbietungen, es verschwindet angesichts der zahllosen ungelösten Probleme und was sichtbar bleibt, ist nicht als das alte Inventar aller bisherigen Regierungen. Vergessen sucht man nicht nach einer großen, alles in ihren Bann ziehenden Idee, vergebens nach einer für diese Idee wirkenden Kraft; und darum bleibt das Programm der Regierung, das wir gestern gehört haben nur

ein Wats- und Wiesenprogramm.

Die Regierungsprogramme werden bei uns immer wortreicher, aber inhaltsärmer. Sichtlich verliert sich aber ihr kapitalistischer Charakter und verschärft sich ihre soziale Lüge. Hier ein paar Beispiele: Ministerpräsident Dr. Kramar kündigte in seiner Antrittsrede an, daß dem Staate die volle Beherrschung der Produktion gesichert werden muß. Ministerpräsident Tuzar erklärte, er wolle sofort nach der Kohlenenquete zur wirtschaftlichen Beherrschung des Kohlen- und Erzbergbaues übergehen. In seiner zweiten Regierungserklärung erklärte Tuzar, daß die Zeit gekommen sei, in der der Anfang gemacht werden müsse, den Kohlen- und Erzbergbau unter die staatliche Bewirtschaftung zu stellen. Ministerpräsident Cerny begann sich schon über dieses Problem auszusprechen, ebenso Ministerpräsident Bened. Und die neue Regierung hat sich dann in dieser Frage auf die Erklärung reduziert, daß die Frage der Nationalisierung der Bergwerke und des Erzbergbaues weiterhin der Gegenstand eifriger Studien der Regierung sein werde. So ist denn auf dem Wege durch das Gestrüpp aller dieser Regierungsreklamationen die Sozialisierung des Bergbaues wieder in die Studierstube hineingeraten. — (Der Redner zeigte dann durch Zitate aus den Reden der früheren Ministerpräsidenten wie es mit der Forderung nach der allgemeinen Sozialisierung auf dem gleichen Wege rüdwärts ging.)

Das neue Regierungsprogramm leidet an zwei Kardinalfehlern. Es verkennt die soziale, es verkennt aber auch die nationale Schichtung der Bevölkerung dieses Staates. Die Tschechoslowakei ist der großen Mehrheit der Bevölkerung nach ein Staat der arbeitenden Bevölkerung. Während noch vor der Regierung Tuzar vom Sozialismus als einer Staatsmaxime gesprochen wurde, segelt die

jetzige Regierung völlig im Fahrwasser des Kapitalismus.

Weit und breit kein Hauch sozialistischen Geistes. Die Regierung spricht kein Sterbenswortchen mehr über die Notwendigkeit der Sozialisierung des Wirtschaftslebens, von der Dringlichkeit der Umformung unserer Wirtschaftsordnung, von der Unerlässlichkeit der Kontrolle der Produktion durch die arbeitenden Menschen, von dem Anteil des Arbeiters an dem Ertrage, der Ueberführung der hierzu reifen Produktion der Betriebszweige der stehle, des Eisens in die öffentliche Bewirtschaftung. Es wird nach dem Wunsche der neuen Regierung alles beim alten bleiben. Unsere Regierung glaubt, sich bei der Ueberwindung der Krise mit Palliativmitteln behelfen zu können. Und darum wird und muß die Regierung an der übernommenen Aufgabe scheitern.

Vollständiges Verlagen in der nationalen Frage.

Aber auch in einer zweiten Richtung hat die Programmklärung der Regierung versagt. Es mag den Machthabern des Staates angenehm sein oder nicht, so viel muß ihnen doch klar geworden sein, daß es ohne einen Friedensschluß zwischen den in diesem Staate lebenden Völkern eine gedeihliche Entwicklung dieses Staates nicht gibt. Aus den Ergebnissen der offiziellen Ermittlung ergibt sich, daß wir Tschechen 8.7 Millionen haben, Deutsche 3.1 Millionen, Ungarn 0.7 Millionen, Russen 400.000, Angehörige der jüdischen Bevölkerung 180.000, Polen 75.000 usw. Alles in allem 1.376.000. Im alten Oesterreich gab es 28 Millionen Menschen. Und darunter nur 6 Millionen Tschechen. Und trotzdem erhoben die

Tschechen mit Jung und Recht die Forderung nach Sicherung ihrer nationalen Rechte und führten, wie bekannt, den Kampf um ihre nationale Selbständigkeit mit größter Konsequenz bis zum siegreichen Ende durch. Doch kaum waren diese Sieger geworden und schon wendete sich das Blatt. Das Schicksal des Staates lag damals in den Händen der tschechischen Machthaber, sie brauchten nur das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Bevölkerung anzuerkennen und konnten sich den einheitlichen Nationalstaat bauen und Herzen ihres Landes, ihrer Wirtschaft sein. Sie hätten sich in diesem Staate ganz unbeeinträchtigt durch alle anderen Nationalitäten und unbeeinträchtigt durch lästige Nachbarstaaten ausleben können. Das aber wollten sie nicht, aus wirtschaftlichen Gründen, wie es hieß, aus historischen und — wie wir alle wissen — aus imperialistischen Gründen. Sie zwangen die Deutschen in diesen Staat. Es wäre dann naturgemäß ihre Pflicht gewesen, die 3.5 Millionen Deutsche und die anderen Nationalitäten an dem Aufbau und an dem politischen Leben des Staates teilnehmen zu lassen, sie mit gleichen Rechten zur Mitarbeit heranzuziehen. Doch die Staatsgründer haben es anders gewollt. Sie haben den Staat unter Ausschaltung der deutschen Bevölkerung konstituiert, sie wollen aus einem mit allen Merkmalen des Nationalitätenstaates ausgestatteten Staatsgebilde einen Nationalstaat machen und halten an dieser Fiktion auch heute noch fest. Sie haben die Oligarchie des tschechischer Staats etabliert, die anderen Völker national rechtlos gemacht und damit das abschreckende altösterreichische Beispiel überboten. Vorläufig sind die Tschechen ganz auf dem Geiste von Versailles eingeschworen und von dem Geiste des Uebernationalismus beherrscht, der der gefährlichste Feind dieses Staates ist.

An der Spitze dieser Republik steht ein Mann, der über den Kampf zwischen den Deutschen und Tschechen dieses Landes sehr gut unterrichtet ist. Es ist ein Mann, der schon im alten Oesterreich an diesen Kämpfen teilgenommen und der diesen Kampf für das tschechische Volk zu einem siegreichen Ausgang gebracht hat. Schon im Jahre 1890 äußerte sich Masaryk über die nationale Frage in der Wiener Zeitschrift "Zeit" unter anderem etwa so: "... Wer in Wirklichkeit die Freiheit und nationale Gerechtigkeit in concreto haben will, der muß für die politische Autonomisierung sein." Und als er auf die Frage der Schaffung nationaler Kreise zu sprechen kam, sagte er, daß er dafür ist, daß die Kreise nach Möglichkeit sprachlich aufgeteilt werden und sagte: "Ich Herr, Du Herr, ich halte es mit Slavicek." Es wird natürlich eingewendet werden, daß diese Äußerung im vorigen Jahrhundert gefallen ist. Aber Sie werden alle wahrscheinlich gelesen haben, daß sich ein Berliner Schriftsteller vor etwa einem Jahre an den Präsidenten Masaryk wandte und fragte, wie er sich denn heute zu seinen damaligen Äußerungen über den Kampf zwischen den Deutschen und Tschechen stelle, und Sie werden gehört haben, daß Präsident Masaryk erklärt habe, daß er zu diesen seinen Worten auch heute noch voll und ganz stehe. Aber wie merkwürdig: sonst leben die Tschechen an den Lippen dieses Mannes und in diesem Falle verhalten seine Worte erfolglos. (Beifall.)

Doch wenden wir uns der neueren Geschichte dieses Staates zu. Als die Regierung Tuzar im Jahre 1919 die Amtsgeschäfte übernahm, schrieb der Herr Präsident Masaryk in seinem Ernennungsdekret an den damaligen Minister Szeha wörtlich: "In allen Ländern muß das Problem der nationalen Minderheiten sobald als möglich, u. zw. aus der programmatischen Initiative der Regierung selbst geist werden." Vier Jahre sind seither vergangen, keine Hand rührte sich selber. Und die Regierung Szeha schweigt sich über das Lebens- und Schicksalsproblem dieses Staates aus, so als ob es überhaupt nicht bestünde.

So müssen denn wir es aufrollen und müssen wir vor allem die tschechischen Sozialdemokraten aufrufen und von dieser Stelle aus auffordern, daß sie die Initiative ergreifen. Wir knüpfen da an den Appell des "Pravo Lidu" vom 27. September dieses Jahres an. Als kürzlich der Völkerverbund in seiner letzten Gener Tagung das Minoritätenproblem verhandelte, da schrieb das "Pravo Lidu", "daß in Gemf der Republik, der Regierung und den politischen Parteien der Mehrheit und Minderheit die Notwendigkeit des innerstaatlichen Ausgleiches der nationalen Streitigkeiten in Erinnerung gebracht wurde. Wir würden wünschen, daß zumindest die deutschen Sozialdemokraten den Mut haben, sich von der nationalistischen Orientierung der deutschen Bourgeoisie freimachen zur Bildung gemeinsamer sozialistischer Richtlinien, sowohl im Interesse des nationalen Friedens als auch in sonstigem sozialistischen Interesse." Nun denn, wir sind zur Mitarbeit bei diesen Richtlinien bereit, wir sind bereit, an der Herbeiführung des nationalen Friedens mitzuwirken, wir waren es von der ersten Stunde an, da uns die Geschichte auf diesen Boden gestellt hat. Wir haben sofort erkannt, daß es eine der ersten, ja daß es eine historische Aufgabe der Sozialdemokratie ist, durch Befestigung des nationalen Friedens den Weg freizulegen, die Bahn freizumachen für die soziale und wirtschaftliche Arbeit. Nicht durch unsere Schuld ist es zu einer Verdrängung über das Zusammenarbeiten mit den tschechischen Sozialdemokraten auf diesem Gebiete nicht gekommen. Wie oft haben wir dies den tschechischen

Sozialdemokraten vorgehalten, und ihnen auseinandergelegt, daß, wie immer sie zur nationalen Koalition stehen mögen, es einer ihrer wichtigsten Aufgaben sei, den Weg für den Abbau des Hasses zwischen den beiden Völkern freizumachen, für die Freilegung der Bahn zur gemeinsamen Arbeit aller sozialistischen Parteien im Dienste des Proletariats. Die tschechischen Sozialdemokraten mögen heute noch durch die Koalitions politik gebunden sein, aber sie dürfen nicht vergessen, daß, soweit sich auch die Grenzen einer Koalitions politik ziehen lassen, und begrenz sind sie nicht. Ueber dem nationalen Interesse steht das Interesse der arbeitenden Menschen. Das mögen die tschechischen Genossen keinen Augenblick vergessen, sie mögen nicht übersehen, daß es in diesem Staate auch über die nationale Koalition hinaus und ohne daß das staatliche Interesse daran leiden müsse, noch andere politische Konstellationen gibt als die heutige. Der Friedensschluß zwischen den beiden Völkern (Abg. Dr. Weizner ruft dazwischen: "Also welche Konstellationen?") — ich werde Ihnen prompt darauf Antwort geben — eröffnet neue politische und parlamentarische Möglichkeiten für diesen Staat. Er ermöglicht vor allem — das sage ich dem Kollegen Weizner — der Zusammenfassung des Bürgertums aller Nationen, aber auch eine Formierung einer einheitlichen proletarischen Linie. (Beifall.) Wie anders würde sich die Auseinandersetzung zwischen dem Kapitalismus und den Arbeitern vollziehen, wenn dem wirtschaftlich und politisch verbundenen Unternehmertum und Bürgertum die geeinte kraftvolle proletarische Phalanx gegenüberstände. Dies den tschechischen Sozialdemokraten in dieser Stunde zu sagen, habe ich für eine Gewissenspflicht gehalten.

Ablehnung der Politik des Außenministers.

Wie wir zur Außenpolitik des tschechoslowakischen Staates stehen, haben wir schon zur Genüge betundet. Die Ereignisse der letzten Zeit haben unseren Standpunkt noch bekräftigt. Der Herr Ministerpräsident erklärte in seinem Expose, daß an den bisherigen Richtlinien der Außenpolitik, weiter auch an der kleinen Exzente festgehalten werden müsse, die eine Bürgerschaft ist für die Sicherung des Staates und für die Anknüpfung guter, wirtschaftlicher Beziehungen. Letzteres stellen wir aber mit aller Entschiedenheit in Abrede. Gerade die wirtschaftlichen Tatsachen weisen uns einen anderen Weg. Mit Frankreich verbinden uns keinerlei wie immer geartete nationale, kulturelle und wirtschaftliche Interessen; Frankreich ist ein Agrar- und Rentnerstaat. Demgegenüber ist die tschechoslowakische Republik ein ausgesprochener Industrie- und Exportstaat mit natürlichen, außerhalb der Gebiets- und Einflußsphäre Frankreichs gelegenen Abgabebieten. Für die Tschechoslowakei bedeutet die Aufrechterhaltung der Friedensverträge, ein Festhalten an dem Pariser Diktat geradezu den wirtschaftlichen Ruin. Und wie ist unser Verhältnis zu Rumänien und Jugoslawien? Rumänien und Jugoslawien sind genussame Agrarstaaten mit völlig anderen wirtschaftlichen und politischen Interessen. So lange die Subsbürgerfrage besteht, mag sie ein Ritt gewesen sein und ein gemeinsames Ziel gebildet haben. Als aber die Subsbürgerfrage verschwunden war, mußte das Bündnis naturgemäß jeder wie immer gearteten realen Basis entbehren. Die unauflösbare Bündnispolitik hat unsere Stellung gegenüber den Ententesstaaten geschwächt, sonst aber hat sie uns in hohem Maße gefährdet, sie hat uns nicht den Frieden gebracht, sondern läßt über schwere Verwicklungen befürchten. Und darum lehnen wir die bisherige Bündnispolitik des tschechoslowakischen Staates ab, wie wir überhaupt alle Allianzen ablehnen, von denen wir wissen, daß sie uns nur Verpflichtungen auferlegen. Die einzig mögliche Richtung unserer Außenpolitik zeigt uns die wirtschaftliche Notwendigkeit des Landes, zeigen uns die Tatsachen des Wirtschaftslebens. Ihr Spiegelbild sind die Ergebnisse unserer Handelsstatistik. Die statistischen Daten über unseren Außenhandel für die Zeit von Jänner bis Ende August zeigen, daß die gesamte Ausfuhr der tschechoslowakischen Republik in dieser Periode 56 Millionen Meterzentner war. Davon gehen nach Deutschland 27.9, nach Oesterreich 20 Millionen, nach Ungarn 5.7 Millionen. Diese drei Länder nehmen also von unserem Gesamtexport 80 Prozent auf, während Rumänien nur 600.000 Meterzentner, Jugoslawien nur 800.000 Meterzentner, zusammen also beide 1.400.000 Meterzentner aufnehmen, also kaum 2 Prozent unserer gesamten Warenexport. Diese Gegenüberstellung 80:2 zeigt uns deutlich, in welchen Ländern wir unsere wahren wirtschaftlichen Interessen zu suchen haben.

Wir machen dem Herrn Außenminister insbesondere den Vorwurf, daß er sich gegen den unumstößlichen kardinalen Grundsatz vergangen hat, daß Innenpolitik und Außenpolitik einander ergänzen müssen und daß die Außenpolitik den wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Landes angepaßt werden muß. Wir machen ihm den Vorwurf, daß er diese seine Politik auch zu einer Zeit fortführt, da der Zusammenbruch der Nachbarstaaten und damit auch unser Zusammenbruch bereits offenkundig geworden ist.

Nun sind wir auf dem besten Wege, und Oesterreich gegenüber neuerlich in schwerem Unrecht zu setzen. Der Herr Außenminister hat uns über das Genfer Uebereinkommen mit Oesterreich berichtet. Er hat in Anbetracht der ganz außerordentlichen Bestürzung und namen-

losen Erregung, welche die Genfer Konvention in der arbeitenden Bevölkerung Oesterreichs ausgelöst hat, versucht, diese Konvention in einem harmlosen Licht erscheinen zu lassen. Er hat auch gleichzeitig die Lückenlose Annahme des ganzen Uebereinkommens verlangt. Wir sind die letzten, die bei einer Beseitigung an das schwergeprüfte Oesterreich Schwierigkeiten bereiten. Trotz schwerster Bedenken haben wir seinerzeit für den 500 Millionenkredit hier in diesem Hause gestimmt und aus denselben Gründen sind wir natürlich auch wieder für die Kredithilfe an Oesterreich. Wofür wir aber nicht zu haben sind und wofür wir niemals zu haben sein werden, das ist, daß ein solcher Auslandskredit unter schimpflichen, entehrenden und demütigenden Bedingungen gegeben werde und daß er zu einem Mittel gemacht werde zur Verflüchtigung Oesterreichs und seiner Bevölkerung. (Beifall.) Die treibenden Kräfte beim Genfer Uebereinkommen sind gerade jene reaktionären Mächte, denen die Unterwerfung Oesterreichs unter das Diktat die Hauptsache, die Kredithilfe die Nebensache ist. Es sind dies dieselben dunklen Mächte, die im Hintergrunde lauern, um die Arbeiterklasse hinter der sicheren Deckung des Generalkommissariats um ihre Errungenschaften zu bringen. Daß Opfer gebracht werden müssen und daß auch die Arbeiter dabei nicht zurückstehen dürfen, darüber sind sich alle Teile der österreichischen Arbeiterklasse einig. Sie verlangen aber, daß auch die bestehenden Klassen mit herangezogen werden. Gerade das tschechische Volk, das sich soviel auf seine staatliche Selbstständigkeit und demokratischen Einrichtungen zugute tut, müßte begreifen, was es heißt wenn ein freier Staat seiner Selbstständigkeit beraubt wird, ein freies Volk unter eine fremde Kontrolle gestellt, seines freigewählten Parlamentes verlustig geht. Gegen derartig schimpfliche Bedingungen werden wir uns auf das entschiedenste nicht einlassen. Die österreichische Sozialdemokratie erklärt ganz offen, daß sie sich gegen eine Beaufsichtigung, gegen eine Kontrolle absolut nicht wehrt. Was aber in Genf verlangt wurde, das ist die Kolonisierung dieses unglücklichen Landes durch seine Gläubiger, das ist die Umwandlung Oesterreichs in eine Sarrapie der Entente. (Beifall.) Wir verlangen daher eine Revision des Genfer Protokoll und die Beseitigung aller Bestimmungen, an denen die österreichischen Arbeiter mit Recht Anstoß nehmen. In diesem Sinne werden wir im Laufe der Verhandlung über das Genfer Protokoll unsere Anträge überreichen.

Die deutschen Arbeiter sehen nach allem, was sie gestern von der Regierung vernommen haben, den kommenden Dingen sehr skeptisch gegenüber. Sie wissen, wessen sie sich dieser Regierung gegenüber zu versehen haben und werden darnach ihren Kampf einrichten. Als ich in meiner Teplitzer Rede das Wort gebraucht habe, daß uns der Herr Dr. Rasin nicht fressen wird, da habe ich mir in allen Teilen der gegnerischen Presse eine scharfe Jenfur geholt. „Abgebläsen“, rief die „Bohemia“, „Marasmus“ der Duxer „Tag“ und „potenzierter Nationalismus“ die „Karolin Politika“. Man war auf der ganzen Linie entzweit. Was ich in Teplitz gesagt habe das halte ich hier aufrecht und wiederhole es hier neuerlich. Der Herr Dr. Rasin ist nicht von heute. Auch unter der Kera Benesch war er der eigentliche Leiter der Finanzpolitik. Er war es damals etwas untertänig, nun aber hat er selbst als Steuermann das Ruder ergriffen. Es ist natürlich nicht sehr erquicklich, von Dr. Rasin regiert zu werden. Läge es in meiner Macht, etwas an den Dingen zu wenden, so würde ich es ohne weiteres tun. Da aber Dr. Rasin nun einmal da ist, da ich mit dieser Tatsache rechnen muß, und nichts daran ändern kann, da wir uns mit ihm auseinandersetzen müssen, so sage ich: Es ist mir lieber, ich setze mich mit ihm von Antik zu Antik auseinander, als hinterrücks und versteckt auf Umwegen durch die Pötte — im übrigen erschrecken wir weder vor Rasin noch vor dem Ministerpräsidenten Svehla noch auch vor dem Herrn Minister Kramarisch, auch nicht vor allen zusammen. Wir haben eine harte Schule mitgemacht, erst in Oesterreich und dann vier Jahre auf diesem Boden. (Beifall.) Und darum werden wir uns von niemandem ins Bodshorn jagen lassen und uns auch nicht unterwerfen lassen. Wir sehen den kommenden Dingen festen Auges entgegen. Unser Kampf geht weiter, mag da kommen was wolle, wir werden uns unserer Widerfacher zu erwehren wissen. (Großer Beifall der deutschen Sozialdemokraten.)

Das neue britische Ministerium.

London, 24. Oktober. (Reuter.) Das neue britische Ministerium setzt sich folgendermaßen zusammen: Lordpräsident und stellvertretender Führer im Oberhause: Marquis of Salisbury. — Lordkanzler: Viscount Cave. — Schatzkanzler: Sir Stanley Baldwin. — Innenminister: Bridgeman. — Außenminister: Lord Curzon. — Kolonien: Paul de Vivonville. — Indien: Viscount Peel. — Kriegsminister: Lord Derby. — Marineminister: Amery. — Handelsminister: Sir Ph. L. Graham. — Angliken: Sir Arthur Griffith-Boscawen. — Landwirtschaft und Fischerei: Sir Robert Saunders. — Staatssekretär für Schottland: Viscount Mavor. — Generalkonsultant: Carol Fogge. — Verschiedene Portefeuilles sind noch nicht verteilt. Die Staatssekretäre werden erst später ernannt.

Abgeordnetenhaus.

Die Debatte.

Storn begann im Abgeordnetenhaus die Debatte über die dreiteilige Regierungserklärung, über die Expose des Ministerpräsidenten, des Außenministers und des Finanzministers. Das Haus bot den ganzen Tag über daselbe traurige Bild, das es seit der vorjährigen Budgetdebatte fast ausnahmslos bei allen Sitzungen gezeigt hatte: gährende Leere in fast allen Bankreihen. Mehrheit und Minderheit wissen eben, daß die Maschinerie floppiert. Das Niveau der Debatte steht auch nicht sonderlich hoch. Von sehr Uhr morgens an lief das Werkel fast zwölf Stunden lang, nur zwei Stunden aber kommt Bedeutung zu: der Rede unseres Genossen Dr. Czoch und der Antwort Dr. Kramarisch darauf und auf die Rede Krepel vom Vormittag. Krepel baute sich mit dem Wort vom „Bürgerkrieg“, das er doch nur anwendete um das Wort vom „Kampf“ (hül) nicht ein bauerndes Wort gebrauchen zu müssen, einen Ordnungsruf zugezogen. Nach dem tschechischen Nationalsozialisten, Sozialisten“ Stawitsch, hielt Genosse Dr. Czoch seine fast zweiwündige, großangelegte Rede, welche die Aufmerksamkeit der anwesenden Abgeordneten aller Parteien auf sich zog. Die vernichtende Abrechnung mit dem abgetretenen Kabinett Benesch verknüpfte er mit dem Grabschlag für das neue Ministerium, dieses Jangetzgeborene Kind, dessen erstes Stammeln schon den gerimmen Grad seiner Lebensfähigkeit bewies. Durch und durch kapitalistisch, die wirtschaftlichen und nationalen Lebensprobleme des Landes ignorierend, so hat sich die „große“ Regierung entriert. Genosse Dr. Czoch hält in seiner Rede, die oft vom Beifall der deutschen Sozialdemokraten unterbrochen wurde, nicht hinterm Berge, wie die deutschen Arbeiter über das Regime dieses Staates denken, das nur die Personen, nie aber auch nur um Haeresbreite seine allnationalen, arbeitervindliche Richtung ändert. — Am Abend hatte das Haus einen anderen Genossen, Kreibich, der vor Jogh und Tag am Haberlicher Berge blühenden Kampf um das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes führen wollte, hielt eine Rede — das heißt: er las sie Wort für Wort ab — von A bis Z in tschechischer Sprache. Dies ist zweifellos eine captatio benevolentiae ein bösjchen nach Wohlwollen bei seinen tschechischen Parteifreunden — wahrscheinlich die einzige Art, in der sich die „deutsche Abrechnung“ noch anders als unangenehm bemerkbar machen kann.

Um halb 11 Uhr vormittags eröffnete Präsident Tomasek die gestrige Sitzung. Die Regierungsvorlage des Finanzgesetzes für das Jahr 1923 wurde dem Budgetausschuß für eine Dauer von drei Wochen zugewiesen. Das Parlament beschloß, die Debatte über die dringliche Interpellation des Abg. Johans und Gen., betreffend die industrielle und landwirtschaftliche Krise, die Arbeitslosigkeit und Lebensmittelpreuerung und über die dringliche Interpellation der Abgeordneten Gen. Schäfer, Pohl und Kaufmann, betreffend die Wirtschaftskrise und der zu ihrer Unterdrückung nötigen Maßnahmen mit der Debatte über die Regierungserklärungen gemeinsam abzuführen.

Diese Debatte eröffnete der erste Kontarredner

Abg. Krepel (d. Agr.) Er führte u. a. aus: Die Verhältnisse für das deutsche Volk sind in den letzten Jahren in diesem Staat immer jülicher geworden. Wir haben gesehen, mit welcher Rücksichtslosigkeit in diesem Hause die Lebensfrage unseres Volkes, das ist die Kriegsanleihe, behandelt worden ist und haben die Bemühungen gesehen, welche diejenigen, die heute an der Macht sind, aufgewendet haben, um die damalige Regierung darin zu beugen, wenigstens diesen schweren Fall von dem Wege der kommenden Regierung hinwegzuwischen. Die Vergewaltigungen auf dem Gebiete der Schule haben in einer Weise überhand genommen, daß ich in meinem Wohlgeheir mir schon keinen Rat weis. Sie haben weiter durch die Verstaatlichung der Bahnen nicht das sachliche, sondern das nationalsozialistische Moment in den Vordergrund gestellt und die Klagen der Angestellten nehmen gar kein Ende. Dazu kommt jene Politik, welche jetzt von uns eine Abgabe fordert, die für Tausende und Aberaufende Familien die Konfiskation ihrer Existenz bedeutet. Es ist eine Aktion, die nichts weiteres bedeutet, als die Wiedererschulung des ganzen Bauernstandes. Wir werden den Kampf gegen diese Aktion bis zum letzten Blutstropfen kämpfen und der parlamentarische Verband beschloß Anträge, die sich auf die Kriegsanleihe und Vermögensabgabe beziehen, einzubringen und hier zu vertreiben. Darum bleibt auch uns nichts übrig zur Gewinnung unserer Rechte, zum Beharren auf unserer nationalen Ehre, zur Rettung unserer politischen Freiheit, als der Kampf. (Beifall und Händelassen.) Wenn Sie von uns Deutschen nicht reden, dann müssen wir vor aller Welt vom deutschen Volke reden, seine Rechte verteidigen und wahren. Das deutsche Volk werden Sie nie und nimmer auf die Knie zwingen. Wir sehen draußen einen allgemeinen wirtschaftlichen Niedrbruch. Das große Gewicht der wirtschaftlichen Fragen sollte imstande sein, die Herren zur Umkehr zu bringen. Dieser Staat ist angewiesen auf die Arbeit und Mitwirkung aller seiner Völker, dann wird er sein; dieser Staat wird nicht bestehen, wenn seine Völker nicht zur Mitwirkung herangezogen werden. Ich komme heute weder mit Gewalt noch mit Woffen, aber unter diesen Umständen kann das deutsche Volk keine Steuertrone und keinen

Blutstropfen Kriegssteuer bewilligen. Von einer Zahlung der Vermögensabgabe wird keine Rede sein, unser ganzes Volk wird unsere Worte in die Tat umsetzen. Denken Sie daran; Sie haben uns, das deutsche Volk, in diesem Weltkriege nicht besiegt und Sie haben uns nicht erobert, wir sind mit denselben Rechte hier in diesem Staat wie Sie selbst. Was dem deutschen Volke übrigbleibt, ist der Kampf um sein Recht, sein Leben und seine Nation. Nehmen Sie fort mit Ihrer Politik, Sie werden die Folgen sehen. Die Millionenvölker in diesem Staat werden miteinander kämpfen um ihre Existenz und dann hat Dr. Kramarich vor der ganzen Welt bewiesen, daß dieser Staat ein Volkstaat ist, in dem die Völker im Bürgerkrieg gegeneinander aufstehen.

Abg. Dubitsch (tschech. Agr.) erkennt die Mitarbeit der deutschen Agrarier an. Im weiteren Verlaufe seiner Rede verwies er auf die unglücklichen Folgen, welche das Steigen der tschechischen Wälna in der Landwirtschaft hervorrief. Als Heilmittel der Wirtschaftskrise empfahl er geringeren wirtschaftlichen Egoismus und höheres Verständnis für die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Gesamtheit. Bezüglich der Bodenreform forderte er, raschere Durchführung und ehebaldigste Vorlage des Gesetzes über die Aufhebung der Adelsbesitzung. Redner bedauerte, daß das Ministerium für soziale Fürsorge wenig Verständnis für die agrarischen Forderungen zeige.

Abg. Stalal (Kommun.) hält auch die jetzige Regierung für eine Repräsentantin des bisherigen unheilvollen Halbsozialismus. Man regiere gegen die Arbeiter, auf welche die Gendarmerie gehetzt werde. Auch die kulturelle Reaktion macht sich stark geltend. Die Regierungsparteien, welche den Merkantilismus unterstützen, seien so unverschäm, daß sie die Schuld auf die Kommunisten schieben. Auf Grund eines altösterreichischen Gesetzes sei man gegen die kommunistische Jugend vorgegangen. Die einzige Abwehr gegen das kapitalistische System bilde die Arbeiterregierung.

Hierauf rief Präsident Tomasek den Abg. Krepel wegen seines Ausdrucks „Ableugnen der Steuerzahlungen“ und wegen seiner Schlussklärung, betreffend den Bürgerkrieg, zur Ordnung.

Der nächste Redner

Abg. Stawitsch (tschech. Soz.) reagierte zunächst auf die Ausführungen des Abg. Krepel. Er betonte die Fortschritte in der gegenwärtigen Einstellung der Oppositionsparteien, erklärte aber gleichzeitig, daß die deutsche Opposition unsinnig sei, da sie den Staat nicht anerkenne. Würde dies geschehen, dann seien die Forderungen Dr. Czochs u. V. nicht mehr nötig. Der Redner bekämpfte die Moral der deutschen Kultur des Rechtes vom Stärkeren.

Als er sagte, daß Tschechen und Slowaken ein Volk seien, entstand ein ungeheurer Lärm bei den Slowaken. Abg. Labah rief: „Wir vertreten das slowakische Volk, nicht ihr!“

Abg. Stawitsch: „Ihr seid nur eine Partei, nicht das Volk.“

Abg. Plinka: „Ihr habet Militär in die Slowakei geschickt.“

Unter ungeheuerem Lärm — unter denen, die sich gegen die Hlinkapartei wendeten, war besonders ihr ehemaliger Anhänger Traber zu merken — beschloß Abg. Stawitsch seine Rede.

Hierauf hielt Genosse Dr. Czoch sein großes Referat, dann sprach Abg. Wittich (d. ungarischer Sozialdemokrat): Die Regierungserklärung ist nichts anderes als eine sozialpolitische Rückwärtslenkung. Dies ergibt sich aus der zum Ausdruck gebrachten Anschauung über die Lösung der grundsätzlichen Fragen, von deren Verwirklichung die Arbeiterklasse eine Befreiung aus ihrem Elend erhofft. Es ist auch nicht anzunehmen, daß die neue Regierung gegenüber der Slowakei eine andere Politik treiben werde, als es die alte Regierung getan hat. Die Slowakei wird als eine Art Ausland betrachtet und die Regierung scheidet ihre großen Verbündeten nachsinnen zu wollen, indem sie aus der Slowakei eine Kolonie höheren Grades und aus Karpatenhoruhand eine solche minderen Grades machen will. Die Regierung spricht von einer Gaureform, sie plant aber eine solche Gaureform, durch welche das Recht der alten Komitate einfach aufgehoben wird, und durch die die alten ungarischen Komitate durch eine von Bürokratie regierte Körperschaft ersetzt werden sollen. Die Gaureform will die nationalen Minderheiten auf der ganzen Linie majorisieren, statt daß man die Minderheiten trennt und dadurch wirkliche nationale Selbstverwaltungen errichtet. Die Agrarreform hat in der Slowakei einen wölkigen Bankrott erlitten und bedeutet überhaupt keine Reform, sondern die Einführung eines neuen Feudalismus. Redner verwies auf die überhandnehmende Arbeitslosigkeit in der Slowakei und urgierte die Lösung der Wohnungsfrage. Auch in der Kulturpolitik der Regierung kann man keine Besserung konstatieren. Aus diesen Gründen werden wir deutsch-magyarischen Sozialdemokraten gegen die Regierungserklärung stimmen. (Beifall.)

Abg. Stibin (tschech. Soz.-Dem.) sprach sich für eine strikte Aufrechterhaltung des Gesetzes über die Vermögensabgabe aus, wenn auch die Kriegsgewinner heute Verluste erleiden und sich deshalb dagegen wehren. Er schreibt einem Großteil der Industriellen boshafte Schuld an der Verschärfung der jetzigen Krise zu. Der Staat ist verpflichtet, alle zu schützen, die arbeiten wollen.

Abg. Roffka (tschech. dem. Freisitz.) Aus den Äußerungen der Regierung hört man nichts anderes, als die Worte: allnationaler Koalition, nationaler Staat. Der Deutsche, dessen Arbeit sich überall zeigt, gilt nur als Objekt der Enteignung

und der Entrechtung. Heute kann nicht mehr von einer Wirtschaftskrise, sondern nur von einer Auflösung der Wirtschaft in diesem Staat gesprochen werden. Dafür gibt namentlich das Gablunger Industriegebiet ein bereichs Zeugnis.

Dr. Kramarisch (tsch. Nat.-Dem.) ist der Meinung, die Verhältnisse im Staat können nicht durch Kampf der einen gegen die andere Klasse geregelt werden. Die Ursache der Krise erblickt Redner darin, daß hier teuer gelebt und produziert wird. Das wirtschaftliche Leben des Staates erragt kein 20 Milliardenbudget. (Abg. Czoch: Geben Sie das Heer herab.) Die Staatsunternehmen müssen geschäftsmäßig geführt werden. Im weiteren Verlaufe seiner Rede wies Redner den Vorwurf Dr. Czochs zurück, daß die Tschechoslowakei französische Politik mache. Oesterreich soll lokal geholfen werden, aber die Garantie muß bestehen, daß das Geld nicht verschleudert werde. Gegenüber den Behauptungen des Abg. Krepel stellte er fest, daß in seiner Schrift an den Kaiser sich kein Wort der Bitte gefunden habe. Die deutschen Sozialdemokraten haben kein Recht, ihren tschechischen Genossen Nationalismus vorzuwerfen, da sie selbst den übrigen Deutschen nicht fern stehen. Dr. Kramarisch erklärte: es sei die Pflicht der Tschechen, tschechische Beamte in die A. Z. E. zu bringen. In letzter Begrüßung er es, daß die Regierung, sich die Autorität und die Kraft zutraue, die Autorität des Staates zu schützen.

Abg. Buday (slowak. Volksp.) charakterisiert die neue Regierung gegenüber der alten als unverändert. Deshalb seien dieselben unerquicklichen Zustände in der Slowakei zu erwarten. Dort müßte die Jenfur in ungerechter Form, wie die Regierung selbst zugeben müßte. Redner protestierte gegen die Durchführung des neuen Gesetzes für die Slowakei.

Nach den Ausführungen der Abg. Cutil (tsch. Merik.) und Kellch (ung. Christ.-Soz.) sprach

Abg. Böhre (d. Christ.-Soz.). Er wies darauf hin, daß in der Regierungserklärung keine einzige der deutschen Forderungen berücksichtigt wurde. Redner sprach sich gegen das Gesetz betreffend die Vermögensabgabe aus und wünschte, daß statt militärischer Konventionen Handelsverträge mit fremden Staaten geschlossen werden sollen.

Abg. Stanal (tsch. Agr.) sprach im Sinne der Regierungserklärung, begrüßte das Bündnis der Tschechoslowakei mit Jugoslawien und feierte das Bestehen der kleinen Entente. Redner versicherte, daß die jetzige Krise, ebenso wie die früheren eine vorübergehende sei.

Abg. Kreibich (Kommun.), der seine Ausführungen in tschechischer Sprache vorlas, verurteilte die reaktionäre Außenpolitik der Tschechoslowakei. Er sprach über die Sanierung Oesterreichs und erklärte, daß der Appell der österreichischen Arbeiter an die Zweite Internationale wertlos sei. Zum Schluß polemisierte er gegen die Ausführungen des Dr. Kramarisch.

Abg. Raube (tsch. Nat.-Soz.) verneinte die Schuld des Staates an der Wirtschaftskrise. Er lehnte den Standpunkt der Kapitalisten in bezug auf die Aufhebung der achtstündigen Arbeitszeit ab. Die Industrie leide unter dem Druck der Weltkonjunktur.

Darauf — viertel zehn Uhr — wurde die Sitzung geschlossen. Die heutige Sitzung beginnt um zehn Uhr vormittags.

Inland.

Das Echo der Svehla-Rede.

Im tschechischen Wälderwald ist die Aufnahme der Svehla-Rede eine sehr laute, ja man könnte sagen, der Empfang des neuen Kabinetts ist zumindest bei den sozialistischen Wäldern noch unfreundlicher, als der des Kabinetts Benesch's es war.

Das „Pravo Lidu“ sagt über das Regierungsprogramm Svehlas noch nichts, bemerkt aber, daß der Empfang im Senat freundlicher war, als im Abgeordnetenhaus. Das „Cesta Slovo“ meint, daß zwar das Regierungsprogramm auf das Abgeordnetenhaus durch seine Offenheit sehr gut gewirkt habe, daß es aber möglich sei, dem Regierungsprogramm in vielen nicht zuzustimmen. „Wenn wir eine sozialistische Regierung hätten, hätten wir auch sozialistische Regierungsbedingungen und könnten mit Allem übereinstimmen.“ sagt das Blatt. Das kommunistische „Rude Pravo“ sagt, die Rede Svehla's sei voll abgerundeter Worte gewesen; das Volk wäre schon so oft von Regierungsversprechungen getäuscht worden, daß kein Programm einer Koalitionsregierung, und wäre es noch so langvoll, im Volke Widerhall wecken könnte.

Wenn wir gestern an leitender Stelle schreiben, daß sich in der Erklärung der Regierung der Ausdruck recht deutlich ausdrückt, so beweist uns der freundlichere Empfang der Regierung durch die tschechische Rechtspresse, wie sehr wir recht hatten. Die „Nar. Listy“, das Organ der tschechischen Nationaldemokraten und die „Lidove Listy“, das Organ der tschechisch-kerikalen Volkspartei, singen ein Loblied auf die allnationalen Einigkeit, die sich im Regierungsprogramm gezeigt habe. Das kerikale Blatt hofft, daß sich alle Parteien lokal hinter die Regierungserklärung stellen werden und schreibt: „Es wird dies das beste Mittel sein, das jetzige System der Regierungsmehrheit und die Regierung der nationalen Konzentration zu erhalten und zu festigen, was in diesem Moment eine staatliche und nationale Notwendigkeit darstellt.“ Die Kerikalen und die Nationaldemokraten sind natürlich von der allnationalen Konzentration, wie man die Koalition jetzt nennt, begeistert, weil sie bei jedem anderen System der Mehrheitsbildung höchwahrscheinlich

scheinlich ausgeschaltet wären. Kein Wunder, daß sich daher auch die national-demokratische „Nat. Politika“ in höchster Zufriedenheit, die sie auch den fünf Koalitions-Parteien empfiehlt wiegt.

Das Organ des Ministerpräsidenten, der „Senkov“, lobt die demokratische Art der Verstellung der neuen Regierung, nimmt aber zum Regierungsprogramm selbst noch nicht Stellung. Die amtliche „Ceskoslovenska republika“ singt das hohe Lied der Konsolidierung und meint, daß am besten die Taten für die neue Regierung sprechen werden. Der Satz „Streiten wir wenig und arbeiten wir mehr“, womit das Blatt seine Betrachtungen schließt, ist von jeder die Meinung der Regierungspresse gewesen, der es sich nur darum handelt, daß die Bürger des Staates wenig reden und hübsch brav dastehen.

Die „Tribuna“ ist nicht sonderlich begeistert. Sie bringt dem Regierungsprogramm kein großes Interesse entgegen und erinnert an die Erfahrungen, die man mit der letzten Regierungserklärung gegen die Forderung gemacht hat. Von allen Erscheinungen, welche sich nach dieser Kundgebung zeigten, war die bemerkenswerteste die, daß gemäß feste und konsequente Energie fehlt, die den Worten Leben einflöße. Im übrigen findet auch sie den Empfang der Regierung im Parlament als nicht gerade besonders freundlich.

Die deutschbürgerlichen Prager Blätter betonen die Schönfärberei Svehlas. Das „Prager Tagblatt“ meint: „Des Ministerpräsidenten Exposé ist Ewigdaunder flüchtiger Landwirts Svehla. Obwohl vom echten tschechischen Schrot und Korn verteilt er wie das Mädchen aus der Fremde allen seine Gaben, Freunden wie Feinden. Mit der Vorhitz eines gewiegten Impresario ruft er auch den Deutschen, die er nicht nennen darf, ein Vereinspaßiert zu und vermeidet den bis nun landesüblichen Hinweis auf das Affäre: „Wir haben den Staat aufgebaut, der Staat sind wir.“ Die „Bohemia“ sagt: „Wenn jeder Mensch, der Herrn Svehla richtig versteht, gleichgültig ob Deutscher oder Tscheche, Ungar usw., hundert Kronen bezahlen müßte, so würde im Inland allein eine Summe aufgebracht werden, die zumindest die Kosten der französischen Militärmission decken könnte.“ Die deutschsprachige Provinzpresse äußert sich noch nicht zum Regierungsprogramm.

Ein Reichsparteitag der Christlichsozialen hat in Reichenberg stattgefunden. Im Tätigkeitsbericht besagte sich Dr. Ritsch über die „brutale Gewalttätigkeit“ der deutschen Sozialdemokraten gegen die Christlichsozialen und sagte dann:

„Auch innerhalb des Deutschen parlamentarischen Verbandes gibt es eine Partei, die in letzter Zeit ihrem grundsätzlichen Hass gegen die deutsche christlichsoziale Volkspartei gerade durch ihren Führer freien Lauf lassen zu müssen glaubt. Wenn die Deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei der Ansicht sein sollte, daß sie durch wahrheitswidrige Behauptungen den Aufstieg des christlichsozialen Gedankens hindern könnte, so dürfte sie sich in einem argen Irrtum befinden.“

Ueber das Thema „Die politische Lage“ referierte Dr. Marx-Harting; er beklagte zunächst den Mangel an nationaler Opferwilligkeit des deutschen Bürgertums und teilte dann Ohrfeigen an die deutschnationalistische Kampfgemeinschaft aus. Er sagte u. a.:

„Der politische Kampf muß von den politischen Parteien und er muß auf parlamentarischen Boden geführt werden. ... Wir dürfen das Parlament nicht verlassen, weil es das Volk nie und nimmer verstoßen und billigen würde, daß wir in der Zeit der schlimmsten Not auf jede Möglichkeit verzichten, seine politischen und wirtschaftlichen Interessen zu vertreten.“

Er besprach sodann die Aufgaben der Regierung, die diese nicht zu lösen imstande ist, weil sie die verschiedensten Interessen vertritt. Die Parteien umfasse und sagte:

„All das drängt zur Vereinigung des nationalen Kampfes. All das entzieht denen den Boden, die nur mit Schlagworten kämpfen zu können glauben. Die Politik muß vernünftig werden, ob sie will oder nicht. ... Nicht nervöse Angst vor den marktschreierischen, großen Worten anderer Parteien, nicht der Versuch, sie durch hohles Phrasentum und blinden Värm überbieten zu wollen, werden uns deshalb die Gunft und den Dank des Volkes sichern, sondern nur ernste, zielbewusste Arbeit im Dienste unseres Volkes, für unser Volk.“

„Die Politik muß vernünftig werden“ sagt der christlichsoziale Senator: das heißt also, daß bisher die Politik der Deutschbürgerlichen nicht vernünftig war. Eine späte, aber dennoch sehr wertvolle Erkenntnis! Der Abg. Schäpitz erklärte u. a.:

„Die christlichsoziale Partei ist eine Volkspartei, die in sozialer Gerechtigkeit die berechtigten Forderungen aller Stände und Berufe zu gemeinsamer Arbeit für das Volksganze zusammenschließen will.“

Der Höhepunkt der Rede Schäpitz war aber unzweifelhaft seine „Stellungnahme zum Klassenkampf“. Er sprach:

„Die (die christlichsoziale Partei) verwerfe den Klassenkampf, der nur Erbitterung und Verbitte- rung zwischen den einzelnen Ständen schafft. Wie wir uns gegen jede Klassenpartei wenden, so betonen wir andererseits die Notwendigkeit und den Wert der Standesorganisation.“

Also kein Klassenkampf, aber Standesorganisation. Ist es nicht töricht, wie die Christlichsozialen mit den Begriffen „Klasse“ und „Stand“ Schindluder treiben? Der Redner schloß mit den Worten: „Die Partei ist uns nicht Selbstzweck, womit offenbar gemeint war, daß die Deutsche Christlichsoziale Volkspartei auch weiterhin, so wie bisher, der römischen Kirche dienen wird.“

Gegen die Stilllegung und Einschränkung von Betrieben.

Antrag der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten.

Die herrschende Wirtschaftskrise führt zu zahlreichen Stilllegungen und Einschränkungen von Betrieben, durch welche die in diesen Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer in ihrer Existenz auf das schwerste gefährdet werden. Deshalb haben die Abg. Gen. Pohl, Roscher, Schäfer, Dr. Haas, Taub und Genossen einen Gesetzentwurf eingebracht, der den Zweck hat, diese Folgen der Wirtschaftskrise für die Arbeitnehmer einigermaßen zu mildern. Der Gesetzentwurf behandelt einerseits die Auflösungen einzelner Arbeitsverhältnisse, andererseits die Massenentlassungen. Während der Wirtschaftskrise ist es für jeden einzelnen Arbeitnehmer, der gekündigt wurde, überaus schwer, ja in den meisten Fällen unmöglich eine neue Arbeitsstelle zu finden. Es ist daher unbedingt notwendig, die Vereinbarung des Kündigungsausschlusses unmöglich zu machen und die 14tägige Kündigungsfrist als Mindestkündigungsfrist zu statuieren. Daher bestimmt der § 1 für alle Fälle der Auflösung des Dienstverhältnisses, daß die Kündigungsfrist mindestens 14 Tage betragen muß, gleichgültig ob es sich um die Kündigung im einzelnen Falle oder um Massenentlassungen handelt.

Um die Existenz des Kündigten wenigstens für einige Zeit sicherzustellen, bestimmt der § 7, daß von dem Unternehmer bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses der fünffache beziehungsweise vierzehnfache letzte tägliche Arbeitslohn zu bezahlen ist, falls das Arbeitsverhältnis mehr als ein Jahr beziehungsweise mehr als fünf Jahre gedauert hat.

Die Bestimmungen der §§ 2, 3, 5 und 6 beziehen sich auf die Massenkündigungen. Die Kompetenz der Betriebsausschüsse (im Bergbau der Betriebsräte) wird durch den vorliegenden Gesetzentwurf einigermaßen erweitert und fest umschrieben. Dasselbe gilt von der Kompetenz der Schiedskommission (im Bergbau von den Bergbauschiedsgerichten), deren Funktion als Berufungsinstanz in den §§ 3 und 4 ausdrücklich aufrechterhalten wird. Das Arbeitsverhältnis gilt bis zum Ablauf der im Wege der Einigung mit dem Betriebsausschuß (im Bergbau dem Betriebsrate) oder durch das Erkenntnis der Schiedskommission (im Bergbau des Bergbau-Schiedsgerichtes) festgesetzten Frist für weiter bestehend

und besteht daher für diese Zeit die Pflicht des Arbeitgebers zur Zahlung des vollen Entgeltes. In dieser Bestimmung liegt die Sanktion gegen die Übertretung des Verbotes, Massenkündigungen ohne Not vorzunehmen. Die Schiedskommission (das Bergbau-Schiedsgericht) hat nach dem vorliegenden Gesetzentwurf in jedem Falle zunächst die Vorfrage zu lösen, ob die wirtschaftliche Notwendigkeit für die Massenkündigungen gegeben ist; für den Fall, daß die Schiedskommission (Bergbau-Schiedsgericht) zu dem Schluß gelangt, daß die wirtschaftliche Notwendigkeit nicht gegeben ist, sind die Kündigungen nicht zu bewilligen. Der § 6 beinhaltet die Definition des Begriffes der Massenkündigung. § 4 regelt die Fälle, in welchen die Unternehmer zur Einführung der Kurzarbeit greifen.

Der § 5 des vorliegenden Gesetzentwurfes bezweckt, die Wiedereinstellung der in einem Betriebe früher beschäftigten und infolge der Krise entlassenen Arbeitnehmer wenigstens einigermaßen sicherzustellen. Die Sanktion für die Nichterfüllung der dem Unternehmer auferlegten Pflicht besteht in der Verpflichtung zur Zahlung der Kündigungsentschädigung. Da es sich in Fällen der Wiedereinstellung von Arbeitnehmern vielfach um vollständig stillgelegte Betriebe handeln wird, kann in diesen Fällen die Schiedskommission (das Bergbau-Schiedsgericht) nicht als Berufungsinstanz sondern als erste und letzte Instanz fungieren.

Der § 9 verleiht sämtlichen Bestimmungen des Gesetzes den Charakter zwingenden Rechtes. Wenn daher durch Kollektivverträge auch vor Rundmachung des Gesetzes eine kürzere als 14tägige Kündigungsfrist oder der Kündigungsentschädigung vereinbart wurde, so sind diese Vereinbarungen ohne rechtliche Wirkung.

Das Gesetz hat provisorischen Charakter und ist daher seine Wirksamkeit in der Voraussetzung, daß bis dahin die Wirtschaftskrise überwunden sein wird, zeitlich mit dem 30. Juni 1923 bezw. mit dem 31. Dezember 1923 beschränkt.

In formeller Beziehung wird die Zuweisung dieses Gesetzentwurfes an den sozialpolitischen und an den Rechts- und Verfassungsausschuß beantragt.

Telegramme.

Die Reparationskommission Sonntag in Berlin

Berlin, 25. Oktober, Sonntag abend) wird die Reparationskommission unter Führung von Barthou in Berlin eintreffen, um etwa zwei Wochen lang die wirtschaftliche Lage Deutschlands an Ort und Stelle zu untersuchen. Es wird hier angenommen, daß es Bradbury gelungen sei, Barthou davon zu überzeugen, daß vor einer Entschliebung in der Moratoriumsfrage noch nähere Feststellungen über die deutsche Leistungsfähigkeit getroffen werden müssen. Andererseits glaubt man, daß Bradbury sich von der Verschärfung der Finanzkontrolle habe überzeugen lassen.

Marktentwertung und Sozialdemokratie.

Berlin, 25. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Vertretung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hatte heute Besprechungen mit der Reichsregierung über Maßnahmen, durch die der fortschreitende Währungsverfall eingedämmt werden soll. Die Verhandlungen wurden nicht beendet und sollen Donnerstag mit den Führern der anderen Koalitionsparteien fortgesetzt werden. Aus den Beschlüssen der Reichstagsfraktion, die bei den Verhandlungen als Grundlage dienen, ist folgendes zu erwähnen: Es ist ein Devisenfond zu bilden, um den Bedarf der deutschen Wirtschaft in fremden Zahlungsmitteln zu befriedigen; dafür sollen auch die Goldbestände der Reichsbank herangezogen werden. Die Devisenverordnung muß aufrecht erhalten werden. Die Devisenkontrolle ist zu verschärfen. Es ist die Ausgabe einer werbefähigen Anleihe durch die Reichsbank zu verlangen. Die Steuereinzahlung muß beschleunigt, die Geldentwertung den Steuerpflichtigen zur Last gelegt werden. Die Luxussteuern müssen verschärft werden. Die Devisenkontrolle dürfen zur Erzeugung von Trinkbranntwein nicht verwendet werden. Die vollständige Erfassung der wichtigsten Lebensmittel ist durchzuführen.

Der deutsche Staatsgerichtshof gegen die Monarchisten.

Leipzig, 24. Oktober. (Wolff.) Der Staatsgerichtshof verurteilte heute den Kaufmann Göthe aus Halle wegen Verleumdung des Reichspräsidenten Ebert und des Reichslänglers Dr. Wirth zu neun Monaten Gefängnis. Der Angeklagte hatte in einer nationalsozialistischen Versammlung die Mitglieder der Regierung als Lumpen und Schieber bezeichnet, die beseitigt werden müßten.

Hierauf begann die Verhandlung über die Angelegenheit Dr. Stein aus Burg Saale und den Kapitänleutnant Wolfgang Dietrich aus Erfurt, die der Begünstigung der Mör-

der Rathenaus angeklagt sind. Dr. Stein wurde freigesprochen, Dietrich zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. In der Urteilsbegründung heißt es, daß die Verdachtsgründe gegen Dr. Stein sich als nicht stichhaltig erwiesen haben. Dietrich wurde als mildernd angerechnet, daß seine Begünstigung der Kameradschaftlichkeit entsprang. (Der Vergleich beider Urteile mit dem Münchner Urteil zeigt, wie Richter und wie Fanatiker im Reichsalar Recht sprechen. D. R.)

Projekt der englischen Arbeiterpartei gegen den Wahltermin.

London, 24. Oktober. (Sch. P. B.) Der Vorkommensausschuß der Arbeiterpartei trat heute zusammen und beschloß, den Premierminister zu verständigen, daß die Arbeiterpartei, wenn sie auch für baldige Wahlen sei, doch die Auffassung vertritt, daß der Wahltermin mitten in der Woche nicht geeignet sei, den Arbeitern die Ausübung ihrer Wahlpflicht zu erleichtern; inselgedessen schlagen die Arbeiter vor, die Wahlen für einen Samstag anzuberaumen.

Das Programm der unabhängigen Liberalen Englands.

London, 24. Oktober. Die unabhängige liberale Partei veröffentlicht ein Manifest, in dem die Politik der Liberalen und der Konserverativen innerhalb der Koalition beurteilt und erklärt wird; die Liberalen träten ein für den Frieden, für die Abrüstung mit Hilfe des Völkerbundes, Regelung der Reparationsfrage und der internationalen Schulden, für die energische Herabsetzung der Ausgaben und jeden Verzicht auf neue militärische Abenteuer, sie träten ein für eine Politik des Freihandels und für eine Reform der gegenwärtigen Verhältnisse des Grundbesitzes.

Der Fackelzugkongreß

Neapel, 25. Oktober. (Stef.) Der Fackelzugkongreß in Neapel ist im San Carlo-Theater in Anwesenheit zahlreicher Senatoren, Generale und städtischer Würdenträger eröffnet worden. Mussolini erklärte, die Partei beabsichtige an der Regierung teilzunehmen, und forderte die ehebaldigste Vornahme der Wahlen. Er erklärte weiters, die Einheitsfront Italiens sei fest auf der Monarchie begründet, welche im Hinblick auf ihre Entstehung und aus historischen Gründen sich nicht gegen den Faschismus stellen könne.

Station für Ruhlands Beteiligung an der Orientkonferenz.

Paris, 24. Oktober. (Gavas.) In einer an Bolnais gerichteten Note spricht Italien die Ansicht aus, daß Lausanne den Türken einfach

als Konferenzort vorgeschlagen werden solle. Für den Fall der Ablehnung soll eine Stadt in Mittel- oder Süditalien in Vorschlag gebracht werden. Italien schlägt weiters vor, den Sowjets die Berechtigung zuzuerkennen, den griechisch-türkischen Friedensvertrag zu unterfertigen.

Bilanzen der Aemalisten nach Uebergabe Galipoli.

Paris, 24. Oktober. (Gavas.) Man versichert, daß die themalische Regierung bei den alliierten Oberkommissären in Konstantinopel interveniert und die Forderung erhoben hat, daß Griechenland die Halbinsel Galipoli räumen und die dazugehörige griechische Verwaltung durch die türkische ersetzt werde.

Tages-Meinungen

Eine moralische Ohrfeige für die Moskajünger in Reichenberg bedeutet die Antwort des Genossen Dr. Bahn im Reichsberger „Freigeist“ auf eine Anrempelung des „Vorwärts“, der in einer seiner letzten Nummern unter anderem hauptsächlich hatte, Genosse Dr. Bahn hätte aus Moskau einen Gehalt bezogen. Genosse Dr. Bahn sagt in seiner Enignung an „die ehemaligen Freunde in der Karlsgasse“, in der er die Geschichte von dem Moslauer Gehalt als gemeine Lüge bezeichnet, unter anderem:

Ich muß Euch darauf aufmerksam machen, daß Ihr in recht unvorsichtiger Weise den Kern des Gegenjahres berührt habt, der zwischen Euch und mir besteht. Ihr sagt nämlich, daß ich im Jahre 1920 an der Spitze der beiden großen Massenstreikbewegungen stand. Und das ist wahr. Der Radikalismus ist für mich nie eine bloße Phrase gewesen, wie für Euch, sondern, wie Ihr selbst zugestanden habt, war ich am Platze und tat meine Pflicht, wenn es galt, mehr zu leisten, als eine revolutionäre Rede zu halten, oder einen flammenden Leitartikel zu schreiben. Ich habe bewiesen, daß ich auch in ernster Stunde zur Stelle bin. Ihr aber, die Ihr täglich dreimal nach dem Generalfreistruß, Ihr habt bisher noch nicht den Befähigungsnachweis erbracht, daß Ihr auch nur einen Streik von sieben Tischerlehrjungen zu führen imstande seid. Mit diesem Euerem Tintenradikalismus habe ich wahrhaftig nichts gemein. Deshalb werdet Ihr auch verstehen, daß ich mir wenig aus Euerem Geschimpfe mache, weil ich Euch zu gut kenne.

Ich kenne den Dr. Smeral, dem Ihr selbst auf dem dritten Weltkongreß vorgeworfen habt, daß er den Dezemberstreik absichtlich sabotiert und verraten habe.

Ich kenne den guten Neurath, der sich's während der hiesigen Julistreiberei klopft, in einem Ostseebad wohl sein liebt und dem überhaupt eine Erdbeerbowle lieber ist, als die schönste Weltrevolution.

Ich kenne auch Euer Delegierten der Dritten Internationale, die sich während des Julistreibes und während des Dezemberstreiks in die entlegensten Kaffeehäuser verstromen, so daß man sie mit zehn Laternen nicht hätte finden können, vorausgesetzt nämlich, daß jemand nach ihnen Sehnsucht gehabt hätte.

Ich kenne auch Euer „Vorwärts“-Redakteure, die gegen alle Welt Schimpfnotizen loslassen und denen niemand revolutionär genug ist, wie z. B. den Herrn Pollak, der nicht einmal die Courage besitzt, in einer Arbeiterversammlung zu sprechen, oder den Herrn Fröh Runge, der nur deshalb um berufsmäßigen Barrakadentämpfer wurde, weil zufällig kein geeigneter Buchhalterposten frei war.

Die Reichsberger Arbeiterschaft kann darauf neugierig sein, was der „Vorwärts“, der sich durch seine Anrempelung des Genossen Dr. Bahn ganz kräftig in die Tinte gesetzt hat, auf die Entgegnung unseres Genossen antworten wird. Die Antwort wird ihm jedenfalls, wenn er nicht wieder infame Lügen kolportieren wird, sehr, aber sehr schwer fallen.

Baerens Auslieferung beschlossen. Im Zimmertauschschuß ist gestern die Auslieferung des Abgeordneten Baeran beschlossen worden, nachdem die Debatte trotz der Proteste des Genossen Dr. Haas abgewürgt worden war.

Genosse Oskar Naumann gestorben. Die deutsche sozialdemokratische Partei in Bissen hat einen schweren Schlag erlitten. Am 24. Oktober verschied nach langer tidischer Krankheit Genosse Oskar Naumann, der einzige Vertreter der deutschen sozialdemokratischen Partei in der Gemeindeverwaltung der Stadt Bissen. Infolge seiner langjährigen freudigen Mitarbeit in der Partei wurde Genosse Naumann bei den ersten Gemeindevahlen von unseren Bissner Genossen in die Gemeindefriste entsandt, wo er sich durch seine sachlichen und sachmännlichen Kenntnisse insbesondere in wirtschaftlichen Fragen stets auch die Achtung seiner Gegner erworben. Alle, die ihn kannten, werden sich dankbar seiner rastlosen und unermüdeten Arbeit gedenken.

Runge auf freien Fuß gesetzt. Knüppel-Runge, der im Verlauf einer Versammlung in Dypeln, bei der er auf einen Angreifer einen Schuß aus einem Armeerevolver abgab, so durchgegrüßelt wurde, daß er in ein Krankenhaus gebracht werden mußte, dann aber nach Auslegung eines Verbandes wegen seiner Schieberei in Haft genommen und dem zuständigen Amtsrichter vorgeführt wurde, ist nach seiner Vernehmung wieder auf freien Fuß gesetzt worden, da ihm der vernehmende Richter Rotweh (1) zugestand.

Ein Roman, den das Leben gedichtet. Man beobachtet seit längerer Zeit ein steigendes Interesse eines lesenden Publikums an Erzählungen, in denen nicht psychologische, sondern etwas vorgeht. Dem kommt eine Unterhaltungsliteratur entgegen, die erlaubte Dinge zu berichten weiß. Man möchte oft meinen, daß sie an das Entgegenkommen der Phantasie des Lesers zu große Ansprüche stelle, aber man ist völlig enttäuscht, wenn man damit vergleicht, was bisweilen wirklich passiert. Bei einer Nozze in Berlin ist ein Mann namens Müller festgenommen worden, der eine goldene Uhr und eine Brieftasche mit Tausendmarktscheinen bei sich hatte; über die Art, wie er in diesen Besitz gekommen sei, erzählte er höchst Unglaubliches. Da der Mann bloß Müller heißt, möchte man vielleicht meinen, die ganze Sache sei nicht wahr. Aber da eine Gerichtsverhandlung stattgefunden hat und Berliner Blätter darüber berichten, muß der Müller doch wohl vorhanden sein. Also Müller erzählt, er sei eines Tages über das Tempelhofer Feld gegangen. Da habe ihn ein Herr angesprochen und gesagt, er sei schwer erkrankend, fürchte verkrüppelt zu werden und wolle sterben; der angesprochene Müller möge ihm mit einem Stein den Kopf zerschmettern und die goldene Uhr und Brieftasche nehmen, die der Herr ihm gegeben habe, worauf Müller einwilligend sei, ohne die verlangte Gegenleistung auszuführen. Gibt es eine dümmere Ausrede? Aber ein Besucher untersuchte die Brieftasche und fand im Inneren die Visitenkarte eines Berliner Fabrikanten, der alsbald herbeigeholt wurde. Und zum Entsetzen aller Anwesenden erklärte er, daß die ganze Geschichte, die Müller erzählt hatte, — wahr sei. Es sieht manches Unglaubliche in Geschichten, aber der unglaublichste aller Romane ist das Leben.

Verbilligung der Rauchwaren. In seinem Erpose hat Finanzminister Dr. Raschkin auch eine Verbilligung der Preise des Tabaks und der Tabakerzeugnisse angekündigt. Diese Verbilligung wird am 1. November eintreten und wird etwa 20 Prozent betragen.

Vom Bodenantritt. In der nächsten Zeit wird es — wie die „Tribuna“ zu berichten weiß — zur Erweiterung des Verwaltungsausschusses des Bodenantritts kommen, und zwar so, daß sieben Mitglieder aus den Reihen der Abgeordneten und fünf Mitglieder aus denen der Senatoren ernannt werden. Gleichzeitig wird das Präsidium dieses Ausschusses von drei auf fünf Mitglieder erhöht. Vorsitzender des Verwaltungsausschusses wird ein nationaler Sozialist werden. Die Parteien haben bereits ihre Vertreter in das Präsidium nominiert.

Der „Prágnai Magyar Hirlap“ zeitweilig eingestellt. Infolge eines Konfliktes zwischen dem technischen Personal des in Prag erscheinenden ungarischen „Prágnai Magyar Hirlap“ und der Direktion dieser Zeitung wird das genannte Blatt ab heute bis zur Beilegung des Konfliktes nicht erscheinen.

Gründung neuer bürgerlicher Zeitungen in Wien. Wie das „Proger Tagblatt“ meldet, steht in Wien eine Reihe von neuen Zeitungsgründungen in Aussicht. Eine billige Zeitung für den Mittelstand soll unter dem Titel „Der Tag“ erscheinen. Ferner beabsichtigt die „Korona“ N. G., in deren Verlag die „Kronzeitung“ erscheint, ein großes Tageblatt herauszugeben und zwar unter der Chefredaktion von Gustav Davis. Das „Extrablatt“ und die „Deutschösterreichische Tageszeitung“ wollen neben der großen Ausgabe eine kleine Ausgabe herstellen, die wesentlich billiger wäre. — Man sieht, die kapitalistischen Zeitungsverlage in Wien, die ununterbrochen die Zeitungspreise wegen schlechteren Geschäftsganges erhöhen müssen, haben Geld genug, wenn es sich darum handelt, neue Verdünnungsmittel herzustellen. Diese Tatsache müßte der Arbeiterschaft ein Ansporn sein, ihre eigene Presse, die sie sich doch selbst geschaffen haben, überall zu fördern, damit sie imstande ist, den Kampf gegen die bürgerliche Presse erfolgreich zu führen.

Die Kündigungsfrist der Angestellten. Unter diesem Titel brachten wir in unserer Nummer vom 24. Oktober eine offizielle Nachricht des tschechoslowakischen Präsidiums, die in ihrer Fassung geeignet ist, zu Mißverständnissen Anlaß zu geben. Es kann sich hier nur um eine Regierungsverordnung über die Kündigungsfrist der Arbeitsverhältnisse bei Massenentlassungen von Arbeitern handeln. Die Kündigungsfrist für Angestellte ist im Handlungsgesetzbuch geregelt und kann derzeit nicht länger als sechs Wochen, bei Dienstverhältnissen von mindestens zehn Jahren drei Monate vor Ablauf eines Kalendervierteljahres sein. Die Regierungsverordnung, die eine Mindestkündigungsfrist von einer Woche festsetzen soll, kann sich somit nur auf Arbeiter beziehen. Es handelt sich hier um einen immer wieder auftauchenden Uebersetzungsfehler, der dem Präsidium passiert ist, indem das tschechische Wort „záměstnanec“ statt mit Arbeitnehmern oder Beschäftigten mit Angestellten übersetzt wurde, was schon zu vielen Verwirrungen Anlaß gegeben hat.

Vergiftung zweier Kinder durch Gruben gas. In Ladowitz bei Lux begaben sich die 14 und zehn Jahre alten Söhne des Overtagarbeiters Vondra beim Hegenhüten in einen unverschuldeten Zufallschad, um dort gegen den Wind geschützt zu sein. Anderen Kindern fiel es auf, daß die beiden allzulange verblieben, sie suchten im Zufallschad nach und fanden die beiden Anaben bewußtlos auf. Ein rasch herbeigeholter Arzt konnte nurmehr den bereits eingetretenen Tod durch Gasvergiftung feststellen.

Austritt der „Times“ aus dem Northcliffe-Konzern. John Walter und Major Astor haben vom Northcliffe-Konzern die „Times“ erworben. Das Blatt kehrt zu seiner traditionellen Politik

Schutz den Angestellten in der Wirtschaftskrise!

Der Schutz der Angestellten, das legislative Motiv zu den bestehenden Gesetzen und Verordnungen, ist bei der gegenwärtigen schweren Wirtschaftskrise in verstärkter Maße notwendig. Deshalb haben die Abg. Gen. Birch, Dr. Haas und Schäfer einen diesbezüglichen Gesetzentwurf im Abgeordnetenhaus eingebracht. Die schwere Krise rechtfertigt die Aufrechterhaltung der Kündigungsbeschränkung und die Verlängerung der Kündigungsfrist (§ 1). Da die Fassung des 2. Absatzes des § 2 der Vdg. vom 28. Feber 1919, Nr. 108 Stg. d. G. u. V. in der Praxis irrtümlich vielfach dahin ausgelegt wurde, daß die verlängerte Kündigungsfrist nur dann einzuhalten ist, wenn die mehr als sechsmonatige Dienstzeit nur in einem dem Gesetze vom 16. Jänner 1910, Nr. 20 N. G. V. unterliegenden Dienstverhältnisse vollstreckt wurde, wird ausdrücklich festgesetzt, daß der Anspruch auf die längere Kündigungsfrist auch jenem Angestellten zusteht, welcher einen Teil seiner vorangehenden Dienstzeit in eine Dienstleistung von niedrigerer Qualifikation zugebracht hat. (§ 1, Absatz 2). Die Rückwirkung der Vorschriften des § 1 auf den 1. Oktober 1922 ist dadurch geboten, daß die Krise im Oktober mit vollster Schärfe einsetzte. Wenn der vorliegende Gesetzentwurf nicht soweit geht, daß er die Kündigungen überhaupt untersagt, so muß doch darauf Rücksicht genommen werden,

zurück, d. i. Unterstützung der Regierung ohne seine Unabhängigkeit zu opfern. Die Redakteure am vernünftig den Zehnten m. Bürgerliche Journalisten treffen es eben zu schreiben, wie man von ihnen verlangt.

Ein furchtbarer Selbstmord. Wie die „Düßeldorfer Nachrichten“ aus Opladen melden, hat sich der in Duettingen wohnende Reinhold Kammler auf furchtbare Art ums Leben gebracht und dabei drei andere Menschenleben mit in den Tod gerissen. Kammler wollte in einem Anfall von Schwermut in den Tod gehen. Er zündete auf dem Weideplatz in der Nähe seiner Wohnung eine Granate an und setzte sich darauf. Einer seiner Freunde, seine Frau und seine Mutter stürzten hinzu, um die glimmende Zündschnur zum Erlöschen zu bringen. Jedoch es war zu spät. Die Granate explodierte und riß alle vier Personen in Stücke.

Ein Fiasko der kommunistischen Gewerkschaftspalster.

Der Zusammenbruch des Streikes bei Klinger in Krakau.

Wieder einmal haben durch kommunistische Vepet irregelmäßig Arbeiter für ihre Leichtsinnigkeit furchtbar büßen müssen. 600 Arbeiter sind in Krakau der gewissenlosen Taktik der kommunistischen Gewerkschaftspalster zum Opfer gefallen. Der von den Moskauer herausgeschickte Streik bei der Firma Klinger in Krakau ist nach 31wöchentlicher Dauer zusammengebrochen, ohne daß auch nur ein einziger der im Streik gefangenen Arbeiter wieder in den Betrieb zurückkehren konnte. Die Kommunisten haben am Freitag bei der Auszahlung des Streikenden einfach erklärt, daß zum Weiterführen des Kampfes kein Geld da sei und daß der Kampf abgebrochen werden müsse. Dieser Streik ist also nach unglücklichen Entbehrungen und nach Auszahlung von eineinhalb Millionen Kronen Streikunterstützung abgebrochen worden, weil er schon in der Stunde seiner Proklamierung den Stempel der Erfolglosigkeit an sich trug. Nun stehen die so furchtbar geschädigten Klinger-Arbeiter plötzlich vor der erschreckenden Bewißheit, daß der Kampf, in den sie von gewissenlosen Elementen hineingeführt wurden, völlig nutzlos war. Obwohl die Entstehungsgeschichte dieses Streiks hinlänglich bekannt ist, wollen wir doch kurz zur Erinnerung das Hauptfachliche anführen.

Ende März sollte bei der Firma Klinger in Krakau eine neue Arbeitsordnung eingeführt werden. Die Firma verlangte von fünfzig neu aufgenommenen Arbeitern, sie mögen, bevor sie ihre Arbeit antreten, diese Arbeitsordnung unterschreiben. Der Betriebsausschuß protestierte dagegen und die Arbeiter weigerten sich, die Arbeitsordnung zu unterschreiben. Daraufhin lehnte die Betriebsleitung die Aufnahme der fünfzig Arbeiter ab. Auf Veranlassung des Betriebsausschusses erklärte sich die übrige Arbeiterschaft mit den neu aufgenommenen solidarisch und es kam, trotzdem von einigen Arbeitern vor einem unüberlegten Schritt gewarnt wurde, am 21. März zum Streik. Auch der Betriebsausschuß legte die Arbeit nieder und strengte bei der Schiedskommission in Reichenberg gegen die Firma die Klage wegen der Arbeitsordnung an. Die Schiedskommission hat am 28. März erkannt, daß die von der Firma beabsichtigte Einführung einer neuen Arbeitsordnung den Bestimmungen des Betriebsauschussesgegesetzes widerspreche, weil sie nicht im Einverständnis mit dem Betriebsausschuß erfolgt sei. Die Firma anerkannte aber die Klageberechtigung des Betriebsausschusses nicht, weil dieser auch die Arbeit eingestellt und sich so gegen die Bestimmungen der Gewerbeordnung § 82 i vergangen habe, so daß seine sofortige Entlassung zu recht erfolgt sei. In der beim Bezirksgericht in Krakau über die eingebrachte Feststellungsfrage der Firma angestellten Verhandlung erkannte dieses Gericht zumgunsten des Betriebsausschusses, unter Berufung auf den § 82 f. Klinger er-

klärt während der Wirtschaftskrise ein gekündigter Angestellter eine Dienststelle zu erlangen vollständig außerstande ist. Die im § 2 angeführten Zulagen sollen wenigstens für eine kurze Zeit den Lebensunterhalt des Angestellten einigermaßen sicherstellen. Da bei Verlegung des Unternehmens ins Ausland die Wiedereinstellung vollständig ausgeschlossen ist, so erscheint eine Verdoppelung der bei Auflösung des Dienstverhältnisses zu zahlenden Beträge gerechtfertigt.

Alle Vereinbarungen, mögen sie wann immer geschlossen worden sein, wie alle sonstigen Rechtsverhandlungen, welche die in dem vorliegenden Entwurfe festgesetzte Mindestkündigungsfrist abtören oder überhaupt die durch den Gesetzentwurf den Angestellten eingeräumten Rechte ausüben oder irgendwie beschränken, müssen als rechtsunwirksam erklärt werden, um sämtlichen Bestimmungen des Gesetzes den Charakter des zwingenden Rechts zu verleihen. (§ 3.)

Da nach § 5 des Handlungsgesetzbuches dieses Gesetz auf die Personen, für welche die Bestimmungen des allgemeinen Berggesetzes gelten, keine Anwendung findet, die Wirtschaftskrise jedoch auch die Bergbauarbeit ergreift und dort zu Massenentlassungen von Angestellten führt, muß zum Schutz der beim Bergbau Angestellten die analoge Anwendung dieses Gesetzes auf sie festgesetzt werden. (§ 4.)

Man muß, daß der Betriebsausschuß nicht mehr berechtigt war, bei der Schiedskommission die Klage gegen die Firma einzubringen. Die Firma weigerte sich demzufolge die Entscheidung der Schiedskommission anzuerkennen. Der ganze Verlauf des Prozesses war ein Beweis der gewerkschaftlichen Unfähigkeit und Verantwortungslosigkeit der kommunistischen Führer. Wenn die kommunistischen Gewerkschaftspalster hätten, hätten sie der Firma Klinger in Krakau eine Niederlage bereiten können, ohne daß die Arbeiter auch nur einen Heller an Lohn oder nur eine Stunde an Arbeitszeit verloren hätten. Die Streikenden haben ihre gegenwärtige furchtbare Situation der ungeheueren Dummheit ihrer kommunistischen Berater zu verdanken.

Wie die Streikenden von den Kommunisten beschwindelt wurden, geht unter anderem auch daraus hervor, daß am Freitag den 20. Oktober der bolschewistische Pöpsel H. M. P. nach Krakau kam und dem Obmann der tschechischen Textilarbeiter-Ortsgruppe erklärte, daß die Kommunisten den Mitgliedern dieses Verbandes die 15.000 Kronen, welche ihnen aus den eingelaufenen Sammelgeldern auf Grund eines Mißverständnisses juristisch ausbezahlt hat, nicht zur Auszahlung bringen können, weil eben kein Geld mehr da sei. Die tschechischen, im Streik befindlichen Arbeiter sind also von den Kommunisten noch viel mehr geschädigt worden als ihre deutschen Streikgenossen. Den Kommunisten war es bei Ausbruch des Streiks nicht möglich, die kommunistischen Klinger-Arbeiter in Neustadt und Jungbunzlau zum Streik zu bewegen, ja während die Arbeiter in Krakau streikten, haben ihre revolutionären Massengenossen in Neustadt fleißig Ueberstunden gemacht, so daß Klinger den Krakauer Betrieb ruhig entbehren konnte. Diese Tatsache beleuchtet mehr als alles andere die kommunistische Gewerkschaftstaktik. Die Kommunisten haben den Krakauer Arbeitern durch den letzten Feind-Streit und jetzt durch den Klinger-Streit eine bittere Lektion erteilt; möge diese Lehre, die für sie so furchtbar bitter ist, auch heilsam sein.

Kleine Chronik.

Eisenbahnunglücke. Montag abends gegen 11 Uhr trafen zwei Züge, die beide in parallelen Geleisen nach Paris unterwegs waren, kurz vor St. Denis zusammen, weil eine Weiche falsch gestellt war. Der schnellere Zug, der eine Verspätung einzuholen hatte, fuhr dem zweiten in die Flanke. Eine Lokomotive und sieben Waggons stürzten um und begannen zu brennen. Aus den Trümmern wurden vorläufig zwei Tote und 18 Verwundete hervorgezogen. Die Presse verlangt eine strenge Untersuchung, da erst vor drei Tagen ein Zugzusammenstoß bei Ruffach mit weit zahlreicheren Verlusten zu verzeichnen war. — Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich auf dem Bahnhof Vösterburg. Der von Magdeburg kommende Güterzug 7786 fuhr dem Güterzug 8509 in die Flanke, als er im Begriff war, die Station Osterburg zu verlassen. 50 Wagen wurden dabei zerstört, der Materialschaden ist noch unbestimmt. Ein Schaffner aus Stendal wurde getötet und eine Lokomotivführer schwer verletzt. Beide Geleise der Strecke Wittenberg-Magdeburg wurden sofort gesperrt. Das Unglück wird auf Ueberfahren eines Signals zurückzuführen sein. Die aus Stendal und Wittenberge herbeigeeilten Hilfszüge haben während der Nacht die Strecke wieder freigemacht. — Ein aus Dornitz kommender Personenzug fuhr auf dem Bahnhof in eine Arbeitskolonne, die auf dem Wege zur Arbeit einen verbotenen Weg über die Geleise benutzte. Starter Reibel hatte den Arbeitern das Herannahen des Zuges verborgen. Zwei Arbeiter wurden getötet, einer schwer verletzt. — Dienstag früh ereignete sich zwischen Valaton-Szent George und Resthely auf offener Strecke ein Zugzusammenstoß, wobei ein Lokomotivführer getötet, acht Passagiere schwer und mehrere leicht verletzt wurden. Der an dem Unglück schuldige Telegraphist hat Selbstmord begangen.

Gerichtssaal.

Vom Reichenberger Schwurgericht.

Der Landwirt Anton Richter aus Dittersbach (Friedland) war an einem Augusttage nachts aus dem Wirtschafte gekommen und hatte seine Frau mißhandelt. Seinen Vater, der auf die Hilfe der Frau herbeigeeilt kam, schlug er mit einer Axt auf dem Kopf, so daß der alte Mann tot zusammenstürzte. Die Geschworenen billigten dem Angeklagten Vollstrafe zu, so daß er freigesprochen wurde.

In fünf Jahren schweren Kerker wurde vom Reichenberger Schwurgericht der Landwirt Franz Lude aus Dallschitz verurteilt, der im Dezember seine Frau mit einem Zunderhammer erschlagen hatte. Lude singierte nach der Tat einen Einbruch, in dem er sich von seiner Geliebten fesseln ließ und dann um Hilfe rief. Die Geschworenen berurteilten die Frage auf gemeinen Mord und befanden nur die Frage auf Totschlag. Die Geliebte Rufes wurde von der Witschuld freigesprochen.

In Grünwald ertränkte der Wirt Kriels Zina seinen eigenen Sohn, da ihm die Witwe Zedvi, mit der Zina in gemeinsamen Haushalte lebte, nicht leiden konnte. Die Geschworenen bejahten einstimmig die Frage auf Mord. Der Gerichtshof verurteilte daher Zina zum Tode durch den Strang. Nach der Verhandlung wurde die Witwe Zedvi vor dem Gerichtsgebäude von Frauen arg verprügelt. Nur mit Mühe gelang es der Polizei, die Frau der wütenden Menge zu entreißen und in Sicherheit zu bringen.

Ein Todesurteil in Eger.

(Egerer Schwurgericht.) Vor den Geschworenen in Eger stand am Montag der Schuhmachergeselle Albin Bergmann aus Nitz. Zusammen mit dem Eisenbahner Emil Waldheim hatte er den Postangestellten Schöbäck im Postwagen ermordet. Beide hatten es auf die durch die Post beförderten Wertgegenstände abgesehen. Waldheim stand schon früher vor dem Schwurgericht, von dem er zum Tode verurteilt worden war; doch wurde die Todesstrafe in lebenslänglichem Kerker umgewandelt. Gegen Bergmann fand der Prozeß erst Montag statt, weil er nach der Tat flüchtig geworden war und erst jetzt verhaftet werden konnte. Auch Bergmann wurde von den Geschworenen zum Tode verurteilt.

Die Rafttänzerin vor Gericht.

(Reichsgericht in Leipzig.) Der Prozeß gegen die bekannte Rafttänzerin Celib de Rhendi behält das Reichsgericht als Revisionsinstanz. Das Landgericht I in Berlin hatte am 21. Jänner verurteilt: Fran Celib de Rhendi, genannt Celib de Rhendi, wegen Züchtelungsvergehens zu 20.000 Mark Geldstrafe, deren Obmann Alfred Seiweloh wegen Reibisse zu dem Vergehen zu 16.000 Mark Geldstrafe und den Direktor Heinz Fink wegen Reibisse zu 400 Mark Geldstrafe. Der Sachverhalt war folgender: Seit Anfang 1920 trat Fran Seiweloh mit ihrem Ballet auf Bühnen und Kabarets in Berlin auf, und zwar als sogenannte Rafttänzerin. Der Unternehmer dieses Ballets war ihr Obmann. Bei ihren Tänzungen war die Angeklagte meist nur mit einer Halsperle und einem Schleier bekleidet. In ihrer Reklame hatten die drei Angeklagten profane und satirische Klagen erhoben. Sie erklärten auch, daß sie sich des unzüchtigen Charakters der Darstellungen nicht bewußt gewesen seien, da diese Monate lang vorher unbeanstandet geübt seien. Das Reichsgericht hat das Urteil auf, soweit Fran Seiweloh in zwei Fällen in einer Geldstrafe von 20.000 Mark und soweit ihr Obmann Reibisse zum Vergehen gegen § 184 in einem Falle zu 15.000 Mark Geldstrafe verurteilt worden ist. Die Sätze wurden infolged in die Vorinstanz zurückverwiesen. Am übrigen wurde die Revision der drei Angeklagten als unbegründet verworfen.

Wirtschaft und Sozialpolitik.

Der internationale Ausschuh für die Arbeitslosenfrage. Der von der internationalen Arbeitskonferenz ernannt wurde, hat die Vertreter folgender Länder zu Mitgliedern: Die Regierungsvertreter von Deutschland, Frankreich, Tschechien, Großbritannien, Italien und der Tschechoslowakei, die Arbeitervertreter von Deutschland, Frankreich, Italien, Finnland, Lettland, Polen und der Schweiz und die Arbeitgebervertreter von Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Estland, der Schweiz und der Tschechoslowakei.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Berlin	117.75	Zinn	117.75
Wien	117.75	Gold	117.75
Paris	117.75	Platin	117.75
London	117.75	Neusilber	117.75

Prager Kurse.

100 holl. Gulden	1206.50	1210.50
100 Mark	100.00	100.00
100 tschech. Kronen	100.00	100.00
100 poln. Zloty	100.00	100.00
100 russ. Rubel	100.00	100.00
100 ungar. Kronen	100.00	100.00
100 dän. Kronen	100.00	100.00
100 schwed. Kronen	100.00	100.00
100 norw. Kronen	100.00	100.00
100 finn. Mark	100.00	100.00
100 litv. Litai	100.00	100.00
100 estl. Kronen	100.00	100.00
100 lett. Kronen	100.00	100.00
100 poln. Zloty	100.00	100.00
100 ungar. Kronen	100.00	100.00

Züricher Schlusskurse.

Berlin	112.87	Paris	115.00
Wien	112.87	London	115.00
Prag	112.87	Madrid	115.00
Sofia	112.87	Baris	115.00
Genève	112.87	Brüssel	115.00
Basel	112.87	Amsterdam	115.00
Brüssel	112.87	Antwerpen	115.00
London	112.87	Lissabon	115.00
		Porto	115.00
		Madrid	115.00
		Barcelona	115.00
		Valencia	115.00
		Sevilla	115.00
		Granada	115.00
		Malaga	115.00
		Cadix	115.00
		Alcala	115.00
		Valencia	115.00
		Barcelona	115.00
		Madrid	115.00
		Sevilla	115.00
		Granada	115.00
		Malaga	115.00
		Cadix	115.00
		Alcala	115.00

Der Verbandstag des deutschen Bauarbeiter-Verbandes.

Bodenbach, den 23. Oktober.

Heute wurden die Verhandlungen des Verbandstages der Bauarbeiter fortgesetzt. Zunächst erstattete Genosse Wacker als Kassier des Verbandes den Bericht über die Finanzlage des deutschen Bauarbeiterverbandes seit seiner Entstehung. Er stellte fest, daß in der Zeit vom 1. Juni 1919 bis zum 30. September 1922 insgesamt 9.379.688 Kronen eingenommen wurden, während die Ausgaben sich in derselben Zeit auf rund 8.000.000 Kronen beliefen. An Unterstützungen wurden 2.928.000 Kronen ausgegeben, davon an Streikunterstützungen nicht weniger als 1.800.000 Kronen. Dies beweist, wie intensiv die Lohnbewegung während des kurzen Bestandes des deutschen Bauarbeiterverbandes gewesen ist. Die Erwerbslosenunterstützung veranschlagte 666.000 Kronen.

Wollmann stellte hierauf namens der Kontrolle den Antrag, dem Verbandsvorstande die Entlastung bezüglich der Massgebungen auszusprechen. Josef Bauer erläuterte den Bericht der Beschwerdekommision. Adolf Klauka erstattete den Bericht der Redaktion, besprach die Entwicklung des Fachblattes. Was die Klagen der Kommunisten über die Schreibweise des Organes anbelangt, erklärt er, daß das Verbandsorgan selbstverständlich bei Angriffen auf die Einheit und Geschlossenheit des Verbandes sich nicht selbst zum Schweigen verurteilen kann.

Vor Eingang in die Debatte über die Rede des Vorstandes erbat sich der Vertreter der Bauarbeiter-Internationale Paepfow das Wort, um gegenüber einem im „Bauarbeiter“, dessen verantwortlicher Herausgeber und Schriftleiter der Führer des Prager kommunistisch orientierten Zentralverbandes der Bauarbeiter, Teterka, ist, erschienenen Artikel festzustellen, daß dieser Aufsatz trassige Lügen enthält. In dem erwähnten Artikel des „Bauarbeiter“ wird unter anderem behauptet, der Obmann des deutschen Bauarbeiterverbandes Hausmann sei bei der Tagung der Internationale in Wien nicht auf seine Rechnung gekommen und werde nur als braver Amtsdame in der Internationale gebildet. Paepfow weist diese unerhörte beleidigende Behauptung entschieden zurück und erklärt, der deutsche Bauarbeiter-Verband sei ein vollwertiges Mitglied der Internationale, von einer Duldung könne keine Rede sein und die Internationale habe ausdrücklich festgestellt, daß das Referat für Böhmen weiter bestehen bleibt und beide Verbände als vollkommen gleichwertige Mitglieder der Internationale angehören. Wenn es freilich im tschechischen Verband so weitergeht und er sich von der Prager Gewerkschaftsorganisation löst, dann kann es geschehen, daß der tschechische Verband nicht mehr Mitglied der Bauarbeiter-Internationale sein wird.

Hierauf begann die Debatte über den Geschäftsbericht des Vorstandes. Die kommunistisch orientierten Delegierten, insbesondere der Reichsberger Gruppe, kritisierten das Vorgehen des Vorstandes vom Standpunkte ihres politischen Parteiprogramms aus. Zeitens der Vertreter der Mehrheit des Verbandstages wurden die Ausführungen der kommunistischen Redner treffend widerlegt und an zahlreichen Einzelbeispielen der Beweis geführt, wie verhängnisvoll die Zerstückelung der Kommunisten in einzelnen Organisationen gewirkt und wie sie wesentlich dazu beigetragen hat, daß zahlreiche Arbeiter wieder dem Indifferenzismus verfallen sind.

Von 58 Delegierten des Verbandstages wurde folgender Antrag eingebracht: „Der zweite Verbandstag billigt die Maßnahmen, welche die Verbandsexekutive zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Verbandsbereich durchgeföhrt hat.“ Im weiteren Verlauf der Debatte versuchten die kommunistischen Redner eine an sich gar nicht vor dem Verbandstag gehörende Angelegenheit, nämlich die Eröffnung der Vereinskasse in Reichsberg, dazu anzunützen, bei den Delegierten Mißtrauen gegen die Mitglieder des Vorstandes hervorzurufen. Sie stellten die Sache so dar, als ob anfänglich dieser Eröffnung aus Kosten des Bauarbeiterverbandes ein großes Anerkanntes worden wäre und forderten die Kontrolle auf, die Sache zu untersuchen. Das Mitglied der Kontrolle, Wollmann und der Kassier des Verbandes, Wacker, schilderten hierauf den Sachverhalt, aus dem hervorgeht, daß aus der Vereinskasse auch nicht ein Heller zu dem gedachten Zwecke entnommen worden ist.

Zu Beginn der Nachmittagsverhandlungen ergriff der Vertreter der Zentral-Gewerkschaftskommission, Macoun, das Wort, um auf Vorwürfe, die wegen des Eigenstreites vom Verbandsmitgliede Breuer an den übrigen Vorstand gerichtet worden waren, zu reagieren. weil der Eigenstreit eine Angelegenheit war, die die gewerkschaftliche Gesamtorganisation angeht. Er stellte fest, daß in dem Eigenstreit, dessen Ursache der Streit um das Prager Volkshaus war, keine 15 Prozent der Gesamtarbeiterschaft selbst in den Zentren der tschechischen Industrie teilgenommen haben und ferner, daß die Zentral-Gewerkschaftskommission an die Verbandsvorstände und an die Kreiskommission telegraphisch und brieflich die Weisung erging ließ, daß ohne Beschluß der verantwortlichen Organe der Streik von den Gewerkschaftsmitgliedern nicht mitzumachen ist. Zeitens der Gewerkschaftsorganisation ist demnach keine Willkürverletzung begangen worden, wohl aber haben umgekehrt die kommunistischen Führer gegen den gewerkschaft-

lichen Grundlag verstoßen, daß Streiks nur im Einvernehmen mit der Gewerkschaftsorganisation gemacht werden dürfen.

Bodenbach, 24. Oktober. Am heutigen dritten Tage, schloß Abg. Genosse Hausmann die Debatte über den zweiten Punkt der Tagesordnung, indem er in seinen Schlussfolgerungen die von den kommunistischen Debatteuren vorgebrachten Einwände gründlich widerlegte. Ein von 58 Delegierten gestellter Antrag, die Maßnahmen der Verbandsexekutive zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Verbandsbereich zu billigen, wurde mit allen gegen acht Stimmen angenommen. Hierauf hält der Vorsitzende Abg. Hausmann das Referat zum dritten Punkte der Tagesordnung: „Gewerkschaftliche Zeit- und Streikfragen“. Er schildert die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung von den Ursprüngen bis auf heute. Streik war es das Streben gewesen, von den Gewerkschaften die Politik fernzuhalten. Da brachen die Tschechen plötzlich als erste eine Bresche in dieses Prinzip und machten den Anfang mit ihrer separatistischen Bewegung. Schließlich kommen nun auch die Kommunisten mit ihren zersetzenden Prinzipien. Leidenschaftlich zwar, aber objektiv setzte sich der Redner mit den Kommunisten auseinander, er bewies, wie Marx von ihnen mißverstanden werde, wie seine Lehre oft willkürlich zugespitzt werde, er zitiert andererseits den Apostel der Kommunisten Lenin, um sie mit dessen eigenen Worten zu schlagen. Der dreistündige Vortrag wurde mit gespannter Aufmerksamkeit angehört und wiederholt von lebhaftem Beifall unterbrochen. Nach einer kurzen Mittagspause war das Referat dann Gegenstand von Angriffen der Kommunisten einerseits und warmer Verteidigung der nicht-kommunistischen Mitglieder andererseits. Im übrigen erklärten die kommunistischen Redner, die zu diesem Punkte eingebrachten Resolutionen annehmen zu wollen, welche hauptsächlich die Aufrechterhaltung der Einheitsfront bezwecken. Aufsehen erregte in dieser Debatte eine Darstellung des Sekretärs der Zentralgewerkschaftskommission Macoun über den Ausbruch und den Verlauf des Minger-Streiks in Arachan und das Verhalten der Kommunisten bei diesem Streik. Seine Ausführungen verfehlten ihren Eindruck selbst bei den Kommunisten nicht, die förmlich zerknirschigt zuhörten. Bei der darauffolgenden Abstimmung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

I. Der 2. Verbandstag in Bodenbach erneuert das Bekenntnis zur sozialistischen Wirtschaftsauffassung. Nur durch die Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftskrise, nur durch die sozialistische Gemeinwirtschaft ist eine völlige Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme, ist die wirtschaftliche und soziale Gleichstellung der Arbeiter mit den anderen Klassen möglich. Der Verband hat im Rahmen der ihm gestellten Aufgaben diesem Ziele zustrebend innerhalb der jetzigen Wirtschaftsweise für die Erreichung bestmöglicher Existenzbedingungen seiner Mitglieder zu kämpfen. In diesem Sinne hat der Verband seit der Gründung gewirkt, er war bemüht, das Mitbestimmungsrecht seiner Mitglieder auf den Arbeitsvertrag in weitgehendem Maße zu sichern. Durch die Schaffung eines sozialen Baubetriebes hat der Verband den ersten praktischen Schritt zur Herbeiführung der Gemeinwirtschaft im Baugewerbe unternommen.

II. Die Führung des wirtschaftlichen Kampfes und die Entscheidung über die Taktik ist Sache der Gewerkschaften. Der Verbandstag lehnt jede Einmischung und Unterordnung, unter welche politische Partei immer, ab. Bestimmend für die Führung dieser Kämpfe sind ausschließlich die eigenen Satzungen, die Beschlüsse unserer Gewerkschaftskongresse und der Körperschaften der gewerkschaftlichen Gesamtorganisation. Die Trennung zur Organisation und die Anerkennung der aus der Mitgliedschaft erschießenden gegenseitigen Bindung ist die Voraussetzung und Bedingung jedes Erfolges. In diesem Sinne fordert der Verbandstag alle Verbandsmitglieder zu einem kollegialen Zusammenwirken auf. Er macht es allen Mitgliedern zur Pflicht, die Einheit und Geschlossenheit des Verbandes zu schützen und jede Schädigung abzuwehren.

III. Um jenen Mitgliedern, welche durch die Treibeereien seit dem Sommer 1921 abgeplittert wurden, den Wiedereintritt in den Verband zu ermöglichen, beschließt der Verbandstag: Der Wiedereintritt ist zulässig unter Zurechnung der bisherigen Beitragsleistung und der bis zum Uebertritt erworbenen Rechte, mit Ausnahme der Ansprüche auf Erwerbslosenunterstützung. Bei der Erwerbslosenunterstützung leben die vollen Rechte nach Leistung von 13 Beiträgen an unseren Verband wieder auf. Ausgeschlossenen Mitgliedern ist über ihren Antrag der Wiedereintritt zu gewähren, wenn sie den Teil II dieser Entschliessung anerkennen. Solchen Mitgliedern wird die frühere in unserem Verbands zurückgelegte Mitgliedschaft angerechnet.

IV. Der Verbandstag billigt die von unserem Verbands dem internationalen Bauarbeitersekretariat übermittelten Vorschläge betreffend die Schaffung eines freundschaftlichen Verhältnisses zu dem tschechischen Zentralverband der Bauarbeiter. Diese Vorschläge sind geeignet und ausreichend, einerseits den dringenden Notwendigkeiten des Tages zu genügen, andererseits behindern sie in keiner Weise die zukünftige Entwicklung der Organisationsform bis zur völligen Einheit.

Der Verbandstag bedauert das ohne Verstandenes unseres Verbandes so äußerst zugespitzt gewordene Verhältnis. Die Mitwirkung

und Führung des tschechischen Zentralverbandes bei der Zerspaltung der tschechischen Bauarbeiter, ist eine der verwerflichsten und unglücklichsten Handlungen einer proletarischen Organisation. Trotz solcher schmerzlichen Erfahrungen ist sich der Verbandstag der Notwendigkeit bewußt, jede Gelegenheit aufzugreifen, um mit den tschechischen Brüdern wieder ein Zusammenarbeiten herbeizuföhren. Die unumgängliche Voraussetzung hierfür ist die Einstellung des gegenseitigen politischen und gewerkschaftlichen Kampfes auf der anderen Seite.

Der Verbandstag beauftragt den Verbandsvorstand, mit dem tschechischen Verbänden der Maler, Steinarbeiter, Zimmerer und überhaupt mit der tschechischen Gruppe von Organisationen, gleichlaufend mit all den in unserem Verbands vertretenen Berufsgruppen Föhlung zu suchen und zu trachten, durch Schaffung eines Kartellverhältnisses zwischen den beiden großen Gruppen das Zusammenwirken innerhalb des gemeinsamen Interessenskreises herbeizuföhren.

Verichtigung. In dem Bericht über den Verbandstag in Nr. 250 des „Sozialdemokrat“ vom 24. d. ist angeführt, daß Gen. Krättnner aus Karlsbad für die telegraphische Einladung des Vertreters des tschechischen Bauarbeiterverbandes eingetreten sei. Das ist ein Irrtum. Gen. Krättnner legt Wert darauf, daß dies berichtigt wird. Gen. Krättnner hat zu diesem Punkt überhaupt nicht gesprochen.

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute, den 26.: „Aida“; Freitag, den 27.: „Wauwau“; Samstag, den 28.: nachmittags „Bajadere“, abends „Salome“, halb 10 Uhr nachts: Uraufführung „Entlassung“; Sonntag, den 29.: nachmittags „Haben Sie nichts zu verzollen?“, abends „Eisenbahn“.

Kleine Bühne. Heute, den 26.: „Mandrill“; Samstag, den 27.: nachmittags „Liebesel“ (in Anwesenheit der Dichterin), abends „Wauwau“; Sonntag, den 29.: „Entlassung“.

Bereinsnachrichten.

Touristenverein „Die Naturfreunde, Ortsgruppe Prag, II, Hagenowstr. 4. Unterhaltung abends statt Donnerstag am Freitag, den 3. November im Weinkeller, Café „Nizza“, Weinberge. — Aufschußigung: Donnerstag, 26. Okt., 8 Uhr abends, Café „Elektra“. — 28. und 29. Oktober: Fahrt nach Leipzig. Wanderung durch Höllegrund, Besuch der Delfenburg, Rhonburg, Grabel bis Ausha. Abfahrt: 28. Okt., 6.52, Schnellzug, Wilsonbahnhof. Führung: Gregora. Fahrpreisermäßigung. Anmeldung sofort. — Ausflug nach den Risoner Wäldern statt Sonntag schon Samstag, den 28. Oktober.

Hat Christus gelebt? Heute spricht um 8 Uhr abends im Katalinikum, Hürsaa 5, Prof. Art. Drewe (Karlsruhe), eingeladen vom „Freien Gedanken“.

Arbeiter-Jahrbuch 1923

erscheinen Mitte Oktober 1922 im Verlage des Parteivorstandes der Deutschen sozialdem. Arbeiterpartei.
Taschenkaleender . . . 6 Kronen
Jahrbuch 1923 . . . 7 Kronen

Bestellungen sind zu richten an das Sekretariat der Deutschen sozialdem. Arbeiterpartei in Teplitz, Teilerstr. 1.

Arbeiter-Taschenkaleender

Ortsgruppe Prag, über dieses Thema, dem er bereits eine Reihe vielgelesener Bücher gewidmet hat. Die „New Yorker Staatszeitung“ schreibt über ihn: „Die wissenschaftliche Forschung, die sich mit dem Texte und der Erklärung der Bibel beschäftigt, hat durch Drews eine wertvolle Bereicherung erfahren.“ — An den Vortrag knüpft sich eine freie Aussprache, bei der den Vertretern aller Konfessionen Stellungnahme zu dem Thema geboten ist.

Uns der Partei.

Bezirkskonferenz Mähr.-Schönberg. Sonntag, den 5. November l. J. findet die Bezirkskonferenz der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Mähr.-Schönbergs im Saale des Arbeiterheimes in Mähr.-Schönberg statt. Beginn 9. Uhr vormittags Tagesordnung: Berichte, Wahlen kommt es zu keiner proletarischen Internationale in diesem Staate. Referent: Abg. Th. Hackenberg. Die nächsten Gemeinbewahlen, Neuwahlen und Ewentuelles.

Turnen und Sport.

Neue deutsche Segelflug-Vereinskongress. Nach einer Meldung der „Böhmischen Zeitung“ aus Gergenz gelang es Dienstag nachmittags dem Ingenieur Genue am Ostabhange der Wasserfuppe bei sehr schwachem Ostwinde einen Segelflug von 10 Minuten zu vollföhren. Er stellte damit ein neues Weltrekor auf, denn bisher ist es noch niemanden gelungen, an einem Ostabhange bei schwachem Ostwinde mit einem Segelflugzeug zu fliegen. Gen. Hanzen aus Mordobürg hielt sich fünf Minuten lang in der Luft.

Mitteilungen aus dem Publikum.



Verleger: Dr. Ludwig Ezech und Rati Cermak.
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Straub.
Für den Druck verantwortlich: O. Holik.



Praktische Hausfrauen
verwenden nur
VITELLO
Delikatess-Margarine
weil
VITELLO
Delikatess-Margarine
jeder feinsten dänischen Butter gleicht,
denn
VITELLO
hat denselben Geschmack, dasselbe Aroma und die gleiche Ausgiebigkeit. Und dabel ist
VITELLO
Delikatess-Margarine
noch
50% billiger.

1082



GUMMI-ABSATZ UND GUMMI-SOHL

ist billiger und dauerhafter als Leder
Bester Schutz gegen Kälte und Nässe

